

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

4/79

	Seite
Die Totalrevision der Bundesverfassung ist wünschbar. Vernehmlassung der Eidg. Kommission für Frauenfragen zum Verfassungsentwurf der Expertenkommission Furgler	1- 5
Ursula Krattiger: Ein neuer Ansatz: Feministische Theologie	6- 9
Leni Robert-Bächtold: Politik als Frauensache	10-15
Chronik der laufenden Ereignisse Mai bis Ende August 1979	16-18
Résumés	19-27
Sommari	28-35

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



2. Jahrgang, Nr. 4
 September 1979

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege. Thunstr. 20,
 3000 Bern 6, Tel. 031/61.92.75

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe
 erwünscht

Die Totalrevision der Bundesverfassung
 ist wünschbar.

Vernehmlassung der Eidg. Kommission
 für Frauenfragen zum Verfassungsent-
 wurf der Expertenkommission Furgler

Vorbemerkung

Unter Umständen,

- dass Bundesrat und Bundesversammlung
 bisher nicht entschieden haben, ob
 eine Totalrevision der Bundesver-
 fassung durchgeführt werden soll,
- dass für den Fall eines positiven
 Entscheids kein Verfahren festgelegt
 ist und auch im Bericht der Experten-
 kommission dafür keine Vorschläge ge-
 macht werden,
- dass schliesslich der Expertenentwurf
 einer totalrevidierten Bundesver-
 fassung (VE) zur Diskussion steht,
 ohne dass sich der Bundesrat schon
 dazu geäußert hat,

beschränkt sich die Eidg. Kommission für
 Frauenfragen auf eine knappe Stellung-
 nahme zu den beiden Fragen

- der Wünschbarkeit einer Totalrevision
- und der Stellung der Frau im VE.

Sind einmal die grundlegenden Antworten
 auf das Ob und Wie einer Gesamterneue-
 rung der Bundesverfassung gegeben, wird
 die Kommission sich gern detaillierter

zu einem politisch breiter abgestützten Ent-
 wurf äussern.

Zur Frage der Wünschbarkeit einer Total- revision

Der Verfassungsentwurf der Expertenkommission
 hat in Frauenkreisen ausserordentlich gros-
 ses Interesse gefunden. Ohne Uebertreibung
 darf gesagt werden, dass noch nie ein
 politisches Dokument ein so starkes Echo
 bewirkt, so lebhaft Diskussionen ausge-
 löst hat, wie der VE. Dies darf gewiss
 grundsätzlich als günstiges Zeichen für das
 Unternehmen Totalrevision gedeutet werden,
 auch wenn schon nur die Existenz des VE bei
 einzelnen Gruppen Illusionen ausgelöst ha-
 ben mag, was die Chance und den Zeitplan
 der Verwirklichung einer gesamten Erneuerung
 des Grundgesetzes angeht. Auf jeden Fall
 setzen viele Frauen grosse Hoffnung auf
 eine Totalrevision.

Die Kommission hält eine Totalrevision
 der Bundesverfassung (BV) für wünschbar.
 Die soziale und wirtschaftliche Ordnung
 unseres Landes ist einem tiefgreifenden und
 raschen Wandel unterworfen. Für die Be-
 wältigung der Probleme ist zwar das Instru-
 mentarium zum grössten Teil vorhanden. Es
 muss aber komplettiert und ins Bewusstsein
 gerufen werden. In der Tat klaffen das, was
 in der Verfassungsurkunde geschrieben steht,
 und das, was durch Anwendung und Auslegung
 auch oder erst eigentlich das Verfassungs-
 recht ausmacht, weit auseinander. Es ist
 angezeigt, die Spalte zu füllen.

Der Versuch, die Verfassung wieder zu einem wirksamen Instrument und allen verständlich zu machen, muss sich zwangsläufig ausweiten zur Prüfung der Verfassung selbst: als Grundgesetz und als Zustand des Landes. Dadurch rücken für einmal die Grundwerte, der Aufbau, die Aufgaben, das Funktionieren des Staates, kurz das Gemeinwesen als Ganzes ins Blickfeld, wird dem Bürger seine Beziehung zum Staat überprüfbar. Solche elementare Betrachtung ist, auch als staatsbürgerliche Bildung, äusserst wertvoll. Sie bildet zudem das Bewusstsein für die Notwendigkeit verschiedener Anpassungen der rechtlichen Grundordnung an die Wirklichkeit. Die Totalrevision der BV als staatsbürgerlicher Lernprozess scheint uns wünschbar. - Ueber die Durchführbarkeit und die Art der Durchführung möchten wir uns heute nicht äussern.

Zur Stellung der Frau im VE

Die Sprache

Wir stellen fest, dass viele Frauen sich - trotz ihres Interesses - vom VE nicht recht angesprochen fühlen. Trotz der immer stärker ins allgemeine Bewusstsein dringenden Frauenfrage spricht der VE - gewiss im löblichen Bestreben, Mann und Frau gleichzustellen - ausser in Art. 9 nicht von der Frau. Wo alle gemeint sind, heisst es "jeder" oder "jedermann", ein Schweizer ist nur "er" (z.B. Art. 15), durchwegs wird die männliche Form verwendet. Noch unter dem Eindruck der Auslegung, welche das Bundesgericht und der Bundesrat bei Stimmregisterrekursen den alten Art. 74 (und 75) BV gegeben haben (vgl. etwa BGE 83 I 173 und Botschaft vom 23. Dezember 1969 über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten, BBl 1970 I 96 ff.); fühlen sich zahlreiche Frauen nicht mitgemeint, wenn Rechte und Pflichten nicht ausdrücklich auch ihnen zuerkannt werden. Der "Männerstaat" findet in der Sprache des VE seinen Ausdruck, und ohne gleich von Sexismus der Sprache reden zu wollen, bedauern wir dies. Leider, und darin mag ein Zeichen für die "Sprachlosigkeit" der Frau gesehen werden, sind wir nicht in der Lage, andere Wendungen vorzuschlagen, soll eine gewisse Einfachheit und Prägnanz des Ausdrucks bewahrt werden. Wir sind aber der Auffassung, eine einleitende Bemerkung, wonach die Verwendung

der gebräuchlichen männlichen Form nicht den Ausschluss der Frauen bedeute, vermöchte das Unbehagen weiter Kreise der weiblichen Bevölkerung zu mindern. Eine solche Bemerkung könnte verstärkt werden durch die Ergänzung von Art. 2 VE um einen Abs. 3bis mit dem Wortlaut: "Er fördert die Entfaltung der Frau als selbständige Person".

Als Uebergangsbestimmung schlagen wir sodann eine Legaldefinition vor: "Die Wörter 'Schweizer' bzw. 'jedermann' in dieser Verfassung umfassen, soweit ihre Bedeutung nicht ausdrücklich eingeschränkt wird, sowohl Männer wie Frauen".

Das Prinzip: Art. 9 VE

1. Für die Stellung der Frau im Zentrum steht Art. 9 VE, vor allem sein Abs. 3. Die Kommission, welche mehrheitlich die dieser Bestimmung verwandte Volksinitiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" befürwortet, kann sich voll und ganz hinter den Artikel stellen, der ja erst im Zusammenspiel mit den Art. 24 und 25 VE seine volle Bedeutung gewinnt. Abs. 3 konkretisiert positiv das Diskriminierungsverbot des Abs. 2. Sehr zu begrüssen ist der klar festgelegte Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Prinzipiell positiv erscheint auch der über Art. 3 Abs. 2 des Bonner Grundgesetzes hinausgehende Auftrag an den Gesetzgeber für die Gleichstellung von Mann und Frau in Familie, Ausbildung und Arbeit zu sorgen. Die Aufzählung ist nicht abschliessend, aber ebenso offen bleibt leider der Zeitpunkt der Erfüllung des Auftrags. Es muss in diesem wichtigen Punkt dem Gesetzgeber - ähnlich wie im Bonner Grundgesetz - durch eine Uebergangsbestimmung eine sachlich ausreichende, aber doch klar begrenzte Frist gesetzt werden. Verzichtet man darauf, besteht die Gefahr, dass es für die Frauen bei einer schönen Deklamation bleibt.
2. Angesichts der bestehenden Ungleichheiten von Mann und Frau auch in öffentlichen Verwaltungen, wofür das Vernehmlassungsverfahren zur Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" zahlreiche Belege ergeben hat, scheint es uns geboten, Art. 9 Abs. 3 Satz 2 V

wie folgt zu ergänzen: "... Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem im öffentlichen Bereich, in Familie, Ausbildung und Arbeit. ..."

3. Bei der Evidenz der arbeits- und lohnmässig ungleichen Stellung von Mann und Frau, die aber im Einzelfall nur sehr schwer als Diskrimination beweisbar ist, wäre es prüfenswert, zur Verstärkung von Art. 9 Abs. 3 VE die allgemeine Beweislastregel umzukehren und dem Arbeitgeber den Beweis dafür aufzuerlegen, dass Frauen nicht ungleich behandelt werden.
4. Da er in einigen Bereichen (z.B. Steuerrecht, Sozialversicherung, Haushaltszulage) Grund für ungleiche Behandlung ist, sollte in Art. 9 Abs. 2 VE auch der Zivilstand als Diskriminationsfaktor wegbedungen werden.

Einige Konkretisierungen

Art. 9 Abs. 3 VE beinhaltet das Prinzip, das einerseits im VE selbst, andererseits in der gewöhnlichen Gesetzgebung näher ausgeführt und abgestützt werden muss. Wir weisen im folgenden auf einige Bestimmungen des VE hin, die im Widerspruch zu Art. 9 Abs. 3 stehen oder dazu geraten könnten, sowie auf Artikel, die - im Lichte der Gleichberechtigung besehen - in bestimmtem Sinne interpretiert werden müssten. Wir gehen dabei von der Tatsache aus, dass die Frauen in den Behörden (Exekutive, Legislative, Judikative und Verwaltung) aller Stufen und im gesamten Bereich des öffentlichen Lebens nach wie vor weit untervertreten sind. Diese Untervertretung gilt es zu verringern: formal würde eine stärkere weibliche Präsenz die Identifikations-schwierigkeiten der Frauen im Staat beiseitigen helfen; materiell würde der männlichen Betrachtungsweise eine gegenpolige weibliche gegenübergestellt. Es fragt sich, ob nicht im Sinne aktiver Massnahmen (soweit eine Regelung überhaupt möglich ist) in vielen Fällen die Einführung eines gesetzlichen Quotensystems angezeigt, die Koppelung einer Subvention an einen bestimmten Frauenanteil sinnvoll wäre.

1. Art. 12 Abs. 2 VE auferlegt dem Staat die Sorge dafür, dass "die Meinungen in ihrer Vielfalt" in Presse, Radio und Fernsehen Ausdruck finden können. Gegenstand dieser Sorge müsste also

etwa der Umstand sein, dass Frauen in den Redaktionen der Massenmedien stark untervertreten sind, die "Stimme" der Frauen darum nicht deutlich zu vernehmen ist. Dies erscheint umso bedauerlicher und stossender, als sich seit einiger Zeit Frauen gerade "als Frauen" und von einem definierten weiblichen Standort aus engagieren. Es wäre auch darauf zu achten, dass wenn in einer Sachfrage ein spezifisch weiblicher Gesichtspunkt existiert, diesem von den Medien Beachtung geschenkt wird.

2. Art. 15 VE gibt die Niederlassungs- und Auswanderungsfreiheit "einem Schweizer". Nach dem Zivilgesetzbuch gilt heute der Wohnsitz des Ehemannes auch für die Ehefrau (Art. 25 Abs. 2 und 160 Abs. 2 ZGB). In der Anwendung von Art. 45 BV hat dies bis jetzt dazu geführt, dass eine in ungetrennter Ehe lebende Ehefrau die selbständige Niederlassung nur dann verlangen kann, wenn der Ehemann einwilligt oder ein die Einwilligung einsetzendes gerichtliches Urteil vorliegt. Die Weiterführung dieser bereits im Kommentar Burckhardt (3. Aufl., 1931, S. 395) milde kritisierten Praxis stünde in krassem Widerspruch zu Art. 9 Abs. 3 VE, ist wohl auch nicht beabsichtigt (vgl. Art. 162 des Entwurfs zur Revision des Eherechts). Allein der Terminus "ein Schweizer" ist geeignet, Verdächtigungen zu wecken oder zu bestärken. Eine neutrale Wortwahl liesse nicht den Eindruck entstehen, der aktuelle Widerspruch zwischen ZGB und Art. 9 Abs. 3 VE werde durch Art. 15 VE zuungunsten der Frau verewigt.
3. Art. 18 und Art. 19 Abs. 1 VE entfalten beim geltenden ZGB (Art. 167) volle Wirkung ebenfalls nur für jeden Mann, nicht aber für jedermann, da die Frau auf die Einwilligung des Mannes (Gatten) angewiesen ist, um einen Beruf oder ein Gewerbe ausüben zu können.
4. Art. 23 Abs. 1 VE darf auf keinen Fall so ausgelegt werden, dass das Geschlecht Grund für die Einschränkung eines Grundrechtes ist.
5. Art. 24 VE bestimmt, die Grundrechte müssten in der ganzen Gesetzgebung zur Geltung kommen. Die geltende BV macht für verheiratete Frauen die Ausübung

der Grundrechte zum Teil unmöglich oder doch sehr schwer (etwa Verhältnis der Art. 43, 45 und 59 BV zu Art. 25 ZGB). Wir hoffen, dies könne dank Art. 24 VE in einer neuen BV nicht mehr geschehen.

6. Art. 25 VE statuiert eine begrenzte Drittwirkung der Grundrechte. Die Kommission begrüsst diese Bestimmung, da nur so Art. 9 VE voll zum Tragen kommt.
7. Art. 26 Abs. 1 und Art. 29 Abs. 2 VE müssen, allen bisherigen Bestrebungen zur Diskriminierung von "Zweitverdienerinnen" zum Trotz, vollumfänglich auch für Frauen gelten. Unter dem Aspekt der Gleichberechtigung sind die sozialgestalterischen Aufträge an den Gesetzgeber (Art. 26 Abs. 1 VE) auch für verheiratete Frauen so auszuführen, dass ihnen unabhängig vom Mann eine Arbeit ermöglicht, soziale Sicherheit gewährt, die Existenz garantiert wird.

Weitere Bestimmungen

1. Art. 1 Abs. 1 VE
Der Kampf ums Recht, den die Frauenbewegung jahrzehntelang gekämpft hat und - mit der Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" - weiterkämpft, führt uns - neben allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen - zur Förderung, die Charakterisierung der Eidgenossenschaft in Art. 1 Abs. 1 VE sei zu ergänzen durch die Rechtstaatlichkeit.
2. Art. 2 VE
Wenn in der Verfassung überhaupt Staatsziele gesetzt werden sollen, gehört für die Kommission der Schutz und die Förderung der Familie unbedingt dazu; ein solcher Satz könnte als Art. 2 Abs. 2bis VE eingefügt werden.
3. Art. 37 VE
Die Kommission befürwortet Art. 37 VE. Sie tut dies nicht, weil für die Frau die Dienstpflicht logisch aus der Gleichberechtigung folgte: ohne wehr- oder zivilschutzpflichtig zu sein, hat die Frau in der Schweiz schon bisher in verschiedener Weise zur Erhaltung der Substanz der Bevölkerung soviel beigetragen wie der sich

auf den militärischen Einsatz vorbereitende Mann. Für die Kommission förderte aber die gemeinsame Ausübung einer Pflicht im Interesse des Staates die Solidarität, stiftete Beziehungen zum Staat, weckte das politische Interesse, baute die Isolierung der Hausfrauen ab, verbesserte das Verhältnis der Frauen untereinander. Aus diesen staatspolitischen Überlegungen bejahen wir die in der Kann-Vorschrift des Art. 37 Abs. 1 VE enthaltene Möglichkeit einer Dienstpflicht der Frauen glauben freilich, ein solcher Dienst dürfte grundsätzlich nicht in Form isolierter Beschäftigungen geleistet werden. Er müsste vielmehr möglichst in Gemeinschaft erfolgen, um dem Zweck zu entsprechen, der ihn allein rechtfertigt.

4. Art. 64-66 VE

Anstelle der in Art. 64-66 VE geregelte Einheitsinitiative zieht die Kommission die Variante vor. Die in Art. 66 Abs. 1 VE der Bundesversammlung gegebene Befugnis, einem Begehren Folge zu geben, lässt offen, wie eng dabei der Wortlaut und der Sinn einer Initiative zu beachten ist. Ähnlich unbestimmt bleibt, was unter einer "entsprechenden" Vorlage in Art. 66 Abs. 2 VE gemeint ist. Diese unbestimmten Ausdrücke, das vorgeschlagene Verfahren und die Tatsache, dass der Bundesversammlung, in welcher die Frauen krass untervertreten sind, nicht zum vornherein eine faire Behandlung von Vorstössen zur Besserstellung der Frau zugetraut werden darf führen uns dazu, auf die "sichere" Variante zu setzen. Nicht zuletzt ist dafür ausschlaggebend, dass das Instrument der Initiative, das wie für alle diskriminierten Gruppen auch für die Frauen von besonderer Bedeutung ist, nach dem VE geschwächt würde, wie dies auch Etienne Grisel von den Art. 61-66 VE insgesamt befürchtet: "S'ils s'écartaient sensiblement des règles existantes, c'est presque toujours pour restreindre leur objet et leur portée. Sans doute accroitraient-ils d'autant la liberté d'action des autorités fédérales. La paix sociale et l'équilibre politique y gagneraient-ils? Il est permis d'en douter" (ZSR 97, 1978, I 456).

5. Art. 68 Abs. 3 VE

Ohne zur Frage der Parteienfinanzierung Stellung nehmen zu wollen, weisen wir darauf hin, dass wenn im Sinne von Art. 68 Abs. 2 VE staatliche Beiträge und andere Leistungen ausgerichtet werden sollen, dies auch an die Voraussetzung einer angemessenen Vertretung der Frauen in den Leitungsorganen der Parteien geknüpft sein müsste. Art. 68 Abs. 3 VE wäre entsprechend zu ergänzen.

6. Art. 109 Abs. 3 VE

Schliesslich begrüsst die Kommission den Vorschlag einer repressiven konkreten Normenkontrolle gegenüber Bundesgesetzen durch das Bundesgericht als ersten Schritt hin zu einer eigentlichen Verfassungsgerichtsbarkeit auch gegenüber Erlassen des Bundes. Eine derartige nachträgliche und nur im Einzelfall erfolgende Relativierung des Prinzips der Demokratie durch dasjenige der Rechtsstaatlichkeit ist unerlässlich, weiterzugehen scheint derzeit realpolitisch unmöglich. Als ausgewogener Kompromiss verdient Art. 109 Abs. 3 VE Unterstützung.

Ein neuer Ansatz: Feministische Theologie

von Ursula Krattiger

"Wenn sich die Theologie nicht ernsthaft mit der Befreiung der Frau befasst, werden Kirche und Christentum für die Frauen ebenso irrelevant, wie sie das bereits für grosse Gruppen von Arbeitern und Intellektuellen sind".

Catharina J.M. Halkes

"So wahr Gott unser Vater ist,
so wahr ist Gott unsere Mutter".
Juliana von Norwich

* * * * *

Die feministische Theologie ist ein Kind der säkularen Bewegung zur Befreiung der Frau. Es war abzusehen, dass Frauen eines Tages fragten, wie weit die jüdisch-christliche Tradition für ihre Unterdrückung mitverantwortlich sei und welche möglichen befreienden Ansätze sich böten.. Dieses Uebergreifen des Feminismus auf Theologie und Kirchen ist zu Beginn der 70er Jahre in den USA geschehen und hat mit der Sexismus-Konferenz des Weltrats der Kirchen 1974 sichtbar auch Europa erfasst; in der alten Welt gibt es jedoch erst einen Lehrstuhl für Fragen von Christentum und Feminismus (an der katholischen Fakultät der Universität Nijmegen in Holland). Erstaunlich ist, dass sich bereits die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts mit Glaubensfragen und kirchlicher Wirkungsgeschichte befasst hat: 1895 und 1898 ist in zwei Bänden ein Kommentar von Elizabeth Cady Stanton und anderer Frauen zu allen wichtigen, die Stellung der Frau betreffenden Abschnitten der Bibel erschienen. Diese "Woman's Bible"

wollte jenen Männern und Frauen die Argumente aus der Hand nehmen, die die Bibel missbrauchten, um die Minderwertigkeit und Unterordnung der Frau unter den Mann als gottgewollt auszugeben. Die Verantwortliche für Frauenfragen beim Weltkirchenrat, Connie Parvey (sie betreut die weltweite "Studie über die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche"), hat sich im Blick auf diese Vormütter einmal gefragt, ob wir uns heute wie sie damals erneut auf eine beinahe hoffnungslose, kaum Auswirkungen zeitigende Sache einlassen. Nein, meint sie, denn heute arbeitet die feministische Theologie im Rahmen einer internationalen Frauenbewegung, sie kann sich über Massenkommunikationsmittel zu Wort melden und richtet sich an unendlich viel mehr Frauen, die besser ausgebildet, stärker in Beruf, Gesellschaft und Politik integriert sowie materiell, geistig und seelisch eigenständiger geworden sind. Der Kontext ist ein ganz anderer, und er stimmt hoffnungsvoller.

Feministische Theologie wächst aus der bestürzenden Erkenntnis, dass Sexismus (die soziale und kulturelle Herrschaft eines Geschlechts über das andere) auch auf dem Gebiet des Glaubens und in den Kirchen geübt wird: jahrhundertlang haben Männer Gott, die Welt und den Menschen benannt und interpretiert, ein männliches Bild auf Gott projiziert, ihre eigene Rolle genauso wie die der Frau von ihren Vorstellungen, Werten und Interessen her bestimmt, Dogmen formuliert, Kirchenverfassungen aufgestellt, Liturgien gedichtet, Kirchenmusik komponiert und religiöse Bilder gemalt, Männer zu Priestern und Seelsorgern ausgebildet, theologische Wissenschaft an (bis fast auf unsere Tage) den Männern vorbehaltenen Universitäten betrieben. Nirgends existieren wir Frauen mit einem eigenen Beitrag, nirgends können wir uns selbst in den Gedanken und Werken unserer Schwestern erkennen.

um hören wir die Namen von Frauen in Gottesdiensten, und Gott - nach dessen Bild auch wir Frauen geschaffen sein sollen - scheint keine weiblichen Züge zu haben. Kurzum: wir erleben uns als kolonisierte Objekte. Wenn in einer Kirche an der Wand gross das Bibelwort "Denn ihr alle seid Brüder" steht, dann liegt darin das faktische Ausgeschlossenheit der Frauen als mit-gestaltende, mit-bestimmende Subjekte bezeugt. Oder wie es eine amerikanische Pfarrerin sagt: ich bin kein Bruder und werde nie einer sein, also gehöre ich nicht dazu, also gibt es mich letztlich gar nicht - und: was mache ich eigentlich noch in einer solchen Kirche?

Und mit der feministischen Theologie verstehen sich Frauen selber als Subjekte religiösen Erfahrens, Fühlens und Denkens. Sie weigern sich, weiterhin die Rolle des Objektes, des vom Mann definierten Anderen zu spielen. Frauen begreifen sich individuell als ein "ich" und kollektiv als ein "wir" und suchen, ausgehend von der Erfahrung ihrer Entfremdung bis tief in die Seele hinein, nach neuen Identitäten in ihrer Religiosität. Weil Frauen auch im Hinblick auf ihr geistig-seelisches Leben mündig, Mensch, sich selber werden, erleben sie Subjektivität nicht negativ als einen Mangel an Objektivität, sondern im Gegenteil: sie machen ihre eigene Erfahrung zu einer Quelle der Offenbarung und des theologischen Nachdenkens und Umgewöhnens, dass hinter der von Männern als wissenschaftlich ausgegebenen Objektivität oft genug nur die Begrenztheit der eigenen Wahrnehmung geleugnet und die Interessengebundenheit des eigenen Standpunktes verschleiert wird. Frauen weigern sich auch, gleichsam nur mit dem Kopf Theologie zu betreiben; sie wollen ihre Lebenserfahrung ganzheitlich - also auch mit Leib, Sinnen und Gefühlen - wahrnehmen und reflektieren. Wie in der Frauenbewegung, die entscheidend dank der Bewusstseinsbildungsgruppen gewachsen ist, reden Frauen in Gruppen über ihre Glaubens- und Lebenserfahrungen oder lesen Bücher feministischer Theologinnen. In der Schweiz gibt es meines Wissens Gruppen in Basel, Zürich und Bern) und erleben dort, wie überindividuell und verwandt viele dieser Erfahrungen trotz der persönlichen und sozialen Unterschiede sind. Daraus wächst ein Gefühl von Verbundenheit, von "sisterhood"

(Schwesterschaft), das selbstverständlich alle an religiösen Fragen interessierten Frauen umschliesst und damit wirklich umfassend ökumenisch ist.

Feministische Theologie ist zunächst einmal Kritik. Sie entlarvt die männliche Einseitigkeit der Theologie und Praxis in den historisch gewordenen Kirchen, die sich beide als allgemeingültig menschlich ausgeben. Konkret betrifft diese Kritik etwa die Sprache der Bibel, Theologie und Liturgie, die für Gott beinahe nur männliche Namen kennt. Was für die Sprach-Bilder gilt, lässt sich auch auf die Werke der bildenden Kunst übertragen. Feministische Theologie geht den Frauengestalten in der Bibel von Eva bis zum Sonnenweib in der Offenbarung nach und fragt nach ihrer Bedeutung, ihrer möglichen Entstellung im Lauf der Ueberlieferung (die an den Rand geschobene Mirjam soll ursprünglich neben Mose und Aaron eine selbständige Führerin in Israel gewesen sein), dem Einsatz dieser Figuren in der Wirkungsgeschichte (Maria Magdalena, die als erste den auferstandenen Christus gesehen hat, blieb im kirchlichen Bewusstsein die grosse Sünderin, nach der Heime für gefallene Mädchen genannt wurden; nach Martha, die neben Petrus als einzige das entscheidende Christusbekenntnis ablegt, heissen Dienstbotenhäuser bis in unsere Zeit). Frauen suchen in und hinter der von Männern verfassten Kirchengeschichte nach ihrer eigenen Vergangenheit und fragen, was aus dem Feminismus von Jesus (etwa im Umgang mit der Ehebrecherin oder der Samariterin) geworden ist; wie die Stellung der Frau in der Urchristenheit wirklich gewesen ist und wann, warum und wie die Frauen wieder auf ihren alten (untergeordneten) Platz zurückverwiesen wurden; welche Frauen zu Heiligen wurden; wie es zu den Greueln der Hexenverfolgungen und ihrer theologischen Legitimation kommen konnte; was die "Abschaffung" von Maria, der Heiligen (auch der weiblichen) und der Nonnen für den Protestantismus bedeutet hat. Von hier aus ergeben sich auch religionswissenschaftliche und symbolgeschichtliche Fragestellungen (welche Züge der von Israel bekämpften "Grossen Göttin" hat "der grosse Patriarch" Jahwe dennoch übernommen und wie weit ist Maria später ihre Nachfolgerin geworden?).

Bei diesem Aufdecken männlicher Einseitigkeit geht es nicht nur um Anklage, sondern letztlich um die Suche nach einer neuen Ganzheit. Dafür muss zunächst einmal die andere Seite, das "Weibliche", aus der Versenkung emporgehoben werden. Das heisst zweierlei: die ausschliessliche Delegation des Weiblichen auf die Frau muss aufgehoben werden und auch der Mann soll seine weibliche Seite entdecken und integrieren (wie die Frau ihre männliche). Gleichzeitig muss das Einspeiren "weiblicher" Werte auf Herzensdinge, Kinderstube und häusliche Kultur gesprengt werden: weibliche Werte, von Männern und Frauen vertreten, müssen auch in der äusseren Welt zur Geltung kommen. Ein paar Beispiele: im Gegensatz zu einem rücksichtslosen, leichtfertig unabsehbare Folgen riskierenden Ausbeuten der Natur wäre ökologische Verantwortung ein hegender, fürsorglicher Umgang mit der Mutter Erde. Das Ernstnehmen sinnlicher Wahrnehmung und unserer Gefühle könnte uns über eine zerebrale Rationalität hinausführen; die sich oft genug in Absurditäten versteigt (Diskrepanz von Welthunger und Rüstungswettlauf). Ein Zurückfinden zu den Rhythmen von Tag und Nacht, den Mondzyklen und dem Ablauf der Jahreszeiten könnte unseren aus Rand und Band geratenen Umgang mit Zeit, Arbeit, Leistung und Zwang neu formen helfen. Feministische Theologie ist eine Kultur- und Zivilisationskritik, die mit dem "jüdisch-christlichen Abendland" und seiner Wertordnung radikal ins Gericht geht und die Fehlentwicklung korrigieren will durch einen Kurswechsel in Richtung persönlicher und kultureller Ganzheit.

Feministische Theologie ist ein Aufbruch an die Grenzen von Theologie und Kirche. Die Grenze ist ein unbequemer, aber verheissungsvoller Ort, wo noch Bestehendes als Vergangenheit erlebt und Zukunft vorweggenommen wird. In dieser Theologie findet sich eine Gemeinschaft Suchender zusammen: "For the person who has learned to see sexism, nothing can ever be the same again" (Mary Daly).

Kommentierte Auswahlbibliographie

Aubert, Jean-Marie: La Femme. Antiféminisme et Christianisme. Paris 1975. - Für alle, die lieber wissenschaftlich-historisch einsteigen: eine saubere Kirchengeschichte von Jesus bis zum Zweiten Vatikanum.

Dezembernummer 1976 von "Concilium". - Eine Sammlung von Aufsätzen zum Thema "Frau, Kirche, Theologie", sehr fundiert, sehr grundsätzlich und jeweils in verdaubaren Portionen (einzelnen Artikeln) dargeboten.

Daly, Mary: Beyond God the Father. Boston 1973 (soll 1980 auf deutsch im Verlag Frauenoffensive München erscheinen). - Der Klassiker der feministischen Theologie. Die katholische Theologin gibt dem männlichen, hierarchisch-autoritären Gottvater den Abschied und definiert Gott neu als Verb, als Sein-Werden, als Seinsmächtigkeit (sie geht dabei stark von Paul Tillichs "Mut zum Sein" aus). Das Buch ist voll von faszinierenden Neuprüfungen, beispielsweise der Sündenfallgeschichte.

Frauenspiritualität. Heft Nr. 9 des Frauenjournals aus dem Verlag Frauenoffensive. München. Januar 1978. - Ein spannendes Heft mit sehr unterschiedlichen Beiträgen - von einer witzigen Predigt, die einen Rollentausch im kirchlichen Raum darstellt, über Gedichte, den druidischen Baumkalender, eine (weibliche) Kulturgeschichte von Weihnachten, Auszügen aus dem Buch "Mond, Mond" von Anne Kent Rush (Autorin von "Getting Clear") zu Abhandlungen über Spiritualität und Theologie. Unter dem Titel "Der qualitative Spruch über die patriarchale Religion" bietet Mary Daly eine thesenartige Zusammenfassung von "Beyond God the Father" und eine Reihe neuerer Gedanken an.

Jelsma, Auke: Heilige und Hexen. Verlagsanstalt Konstanz 1978. - Ein gutes Geschichtsbuch über wichtige Aspekte der christlich-weiblichen Vergangenheit. Es analysiert die unbehagliche Stellung der konkreten irdischen Frau zwischen den Polen Eva und Maria, Heilige und Hexe.

Halkes, Catharina J.M.: Gott braucht nicht nur starke Söhne. Verlag Gerd Mohn. Gütersloh (erscheint 1980). - Einer Analyse der Begriffe "Feminismus", "Theologie" und "feministische Theologie" folgen Beispiele einer angewandten feministischen Theologie: wie feministische Theologen/innen mit der Bibel umgehen, Zusammenhänge zwischen Befreiungstheologien und der feministischen Theologie, die tieferen Gründe für die Nicht-Zulassung von Frauen zum Priesteramt, die sich wandelnde Bedeutung von Maria für Frauen (die beiden letzten Themen sind so breit dargestellt, dass sie auch Nicht-Katholiken/innen viel sagen können).

Lüthi, Kurt: Gottes Neue Eva. Stuttgart 1978. - Ein Mann und Christ solidarisiert sich mit der Befreiungsbewegung der Frauen. Er versucht, eine "Theologie des Weiblichen" zu skizzieren und zeichnet religionsgeschichtlich den Weg des Juden- und Christentums in die männliche Einseitigkeit nach.

Moltmann-Wendel, Elisabeth (Hrsg.): Frauenbefreiung. Biblische und theologische Argumente. Stuttgart 1978. - Eine reichhaltige Sammlung von Artikeln verschiedener feministischer Theologen/innen über einzelne zentrale Fragen und eine Einleitung von Frau Moltmann zur christlichen Frauenbewegung in Deutschland (vergleichbar mit derjenigen in der Schweiz) und in den USA. Eignet sich gut zum Einsteigen ins Thema.

Wolff, Hanna: Jesus der Mann. Die Gestalt Jesu in tiefenpsychologischer Sicht. Radius Verlag. Stuttgart 1975. - Der Untertitel zeigt die Tendenz auf: hier wird Jesus in Jung'schen Begriffen als androgyner Mensch dargestellt, als ein Mann, der auf vorbildhafte, historisch bahnbrechende Weise seine weibliche Seite, seine anima, integriert hat und mit dieser "Menschwerdung" auch für Frauen und Männer unserer Zeit ein Modell sein kann. Daneben geht Hanna Wolff mit den verschiedenen Verzerrungen und Missverständnissen Jesu in der Kirchengeschichte hart ins Gericht.

The Woman's Bible. reprint edition. Arno Press. New York 1972. - Eine Sammlung der wichtigsten Bibeltexte über "die Frau", mit jeweils verschiedenen Kommentaren von Feministinnen aus dem 19. Jahrhundert. Vor allem interessant für bibelkritische Leser/innen.

Ausführliche Bibliographien:

- Nummer "Herrlichkeit - Fraulichkeit" von "Offene Kirche"/Juni-Juli 1979 (erhältlich über Postfach 1015, 3001 Bern).
- Bibliographies in three languages on the community of women and men in the church study (erhältlich über World Council of Churches, 150 route de Ferney, 1211 Genève 20).

Adresse der Autorin

Dr. Ursula Krattiger
Oberer Rheinweg 73
4058 Basel

Politik als Frauensache

von Leni Robert-Bächtold

Ich nenne drei Gründe, warum Politik auch Frauensache ist.

Der sachliche Grund

Es gibt auf fast allen Gebieten Probleme, von denen die Frauen in ihrer Eigenschaft als Frauen besonders betroffen sind. Es bestehen auch in zahlreichen Bereichen Sonderregelungen für Frauen, weil sie Frauen sind. Ich denke etwa an die Fragen der Mutterschaftsversicherung, des Schwangerschaftsabbruchs und des Eherechts, an die Sonderregelungen für Frauen in verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, bei der AHV oder in der Krankenversicherung zum Beispiel, dann an das Problem der Dienstpflicht und des Dienstpflichtersatzes, an das Postulat nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, an die unterschiedlichen Lehrpläne für Knaben und Mädchen.

Um alle diese Fragen musste und muss sich in unserem Staate jemand speziell kümmern, so wie sich auch jemand um die besonderen Belange beispielsweise der Landwirtschaft, der Exportwirtschaft, der Arbeitnehmer usw. zu kümmern hat. Wir würden es mit Recht als seltsam empfinden, wenn die Bauern die Bearbeitung und Regelung der Landwirtschaftsprobleme an die Städter oder an die Arbeiter delegierten. Auch wenn wir von dem Ideal ausgehen, dass jeder Politiker das Wohl des Ganzen im Auge hat, erwarten wir doch von einem Bauern, von einem Arbeiter, von einem Vertreter einer Bergregion oder von einer sprachlichen Minderheit, dass sie ihre eigenen Probleme und Lösungsvorschläge dafür in die politische Diskussion einbringen. Wir respektieren dieses Engagement, das nicht grauer Theorie, sondern direkter Betroffenheit entspringt, und es käme uns kaum in den Sinn, abschätzig etwa von "Bauern- oder Arbeiter-

terrechtlern" zu sprechen. Wir setzen ihr Engagement auch nicht von vorneherein mit engstirnigen Gruppenegoismen gleich, selbst wenn wir annehmen, dass es von manchen Politikern in diesem Sinne missbraucht wird. Wir verstehen dieses Engagement vielmehr als selbstverständliche Uebernahme von Verantwortung dort, wo jemand von Natur aus oder durch die Umstände eben aufgerufen ist, diese Verantwortung zu übernehmen.

"Frauenfragen" dagegen sind früher von den Männern geregelt worden, entsprechende Gesetze wurden von ihnen gemacht (oder auch nicht gemacht). Es besteht nun heute, wo wir über die gleichen politischen Rechte wie die Männer verfügen, kein Grund, nicht auch die Pflicht zu übernehmen, uns um die Fragen, die uns besonders angehen, selber zu kümmern. In diesem Sinne sind die Frauen den oben erwähnten Bauern und Arbeitnehmern gleichzusetzen. Es ist deshalb schwer zu verstehen, dass es Männern und Frauen weitherum "auf die Nerven zu gehen" scheint, wenn sich Frauen der "Frauensachen" annehmen. Sie übernehmen damit den nächstliegenden Teil der Pflichten, die ihnen mit dem Erlangen der politischen Rechte erwachsen sind. Das ist es, was ich als den "sachlichen Grund" für die Feststellung, dass Politik auch Frauensache ist, bezeichne.

Der staatspolitische Grund

Politik könnte man als Gestaltung, Führung und Verwaltung der staatlichen Gemeinschaft bezeichnen. Sie ist damit Sorge um das Ganze. Dieses Ganze setzt sich aber zusammen aus sehr zahlreichen Gruppierungen mit den unterschiedlichsten Interessen, aus verschiedenen Altersklassen und Berufen, aus Selbständig- und Unselbständigerwerbenden, aus kulturell, sprachlich und konfessionell verschiedenartigen Teilen, aus Stadt-, Land- und Bergbewohnern und unter anderem auch aus 52 Prozent Frauen und 48 Prozent Männern.

Es gehört nun zu den staatspolitischen Prinzipien unserer Demokratie, dass unsere Parlamente diese Vielfalt möglichst genau

widerspiegeln sollen. Damit will man weniger einem abstrakten Gerechtigkeitsideal oder einem quantitativ begründbaren Rechtsanspruch Genüge tun als der praktischen politischen Vernunft, die sagt, dass Spannungen und Konflikte aller Art am befriedigendsten entschärft und geregelt werden können, wenn die betroffenen Gruppen bestmöglich in die Meinungsbildung und in die Entscheidung miteinbezogen werden. Es handelt sich also hier unter anderem um eine Frage der politischen Wirksamkeit. Nur so lässt sich in einem lebendigen Staatswesen das Zusammenleben von unterschiedlichen Menschen und Gruppen in Frieden und Freiheit regeln; nur so lassen sich auf die Dauer die vielfältigen Eigenarten und Interessen unter einen Hut bringen, der kein Helm ist".

Wir Schweizer bilden eine Nation, die ausgesprochen vom Willen zur Vielfalt in der Einheit lebt. Wir haben dafür einen besonderen Sinn entwickelt und deshalb auch entsprechende Strukturen und Mechanismen geschaffen. Dort, wo sich die staatspolitisch erwünschte Vertretung durch das demokratische Wahlverfahren nicht "automatisch" einstellt, bemühen wir uns, mit allerhand Zauberformeln (Bundesrat; Jura-Vertretung in der Berner Regierung; Vorabzuteilung von Mandaten, um auch kleinsten Wahlkreisen eine Vertretung zu garantieren usw.) der Gerechtigkeit etwas "nachzuhelfen".

So achten denn auch die Parteien bei der Zusammenstellung ihrer Wahllisten auf eine möglichst ausgewogene Mischung, um alle Bevölkerungskreise anzusprechen. Sie greifen auch zum Mittel der Kumulation, wenn es etwa gilt, einer sprachlichen Minderheit oder einem Landesteil eine Vertretung zu sichern. Parteien und Parlamente auf Gemeinde- und Kantons-ebene treffen Massnahmen, um zu verhindern, dass Vollamtspolitiker auf Kosten der Milizpolitiker überhand nehmen. Alle diese Bestrebungen werden nicht negativ empfunden, als Verfälschung oder Manipulation des Wählerwillens, sondern als notwendige Korrekturen, damit das Parlament echte Volksvertretung, d.h. Spiegel der Bevölkerung, bleibt.

Was nun die Vertretung des weiblichen Geschlechts anbelangt, müssen wir feststellen;

dass unser sonst so wacher Sinn für eine echte Repräsentanz versagt. Angesichts der krassen Untervertretung der Frauen wird etwa argumentiert, eine Zunahme der Zahl sei nur eine Frage der Zeit, man müsse eben Geduld üben. Ein Blick über die Grenzen, wo das Stimm- und Wahlrecht der Frauen zum Teil seit Generationen eingeführt ist, zeigt aber, dass diese Annahme falsch ist. Auch wenn die Frauen, die sich für politische Ämter zur Verfügung stellen, überdurchschnittlich qualifiziert sind - was nach zahlreichen Untersuchungen die Regel ist - können wir nicht mit einer "automatisch" wachsenden Vertretung rechnen. Die staatspolitisch erwünschte Zusammensetzung unserer Parlamente verlangt jedoch eine angemessene Vertretung der Frauen. Wir müssen uns deshalb fragen, ob hinsichtlich der weiblichen Hälfte der Bevölkerung nicht ähnliche Überlegungen anzustellen seien, wie sie oben angetönt wurden und auch hier der Gerechtigkeit nachzuhelfen wäre, in Übereinstimmung mit unseren staatspolitischen Prinzipien und auch im Sinne der Effizienz unseres Staatswesens. Das ist es, was ich als den "staatspolitischen Grund" für die Feststellung, dass die Politik auch Frauensache ist, bezeichne.

Der "anthropologisch-ethische" Grund
Es fällt mir keine bessere Bezeichnung ein für diesen wesentlichsten Grund (der letztlich auch die beiden bereits genannten Gründe miteinschliesst), warum Politik gleichermassen Frauensache wie Männersache ist. Ich meine damit: das höchste sittliche Ziel menschlichen Seins und Handelns ist die Verwirklichung ganzer, "heiler" Menschen und einer ganzen, "heilen" Welt (nicht zufällig gehen "ganz" und "heil" auf dieselbe Wortwurzel zurück). Der ganze Mensch ist aber "Mann" und "Frau" und eine wirklich menschliche, heile Welt, wäre entsprechend eine Welt, die gleichermassen vom männlichen wie vom weiblichen Geist geformt und durchdrungen ist.

Der Mensch ist in seinem Ursprung und in seiner Idealgestalt stets als eine Einheit aus männlichem und weiblichem Wesen begriffen worden, wie ja auch jeder Mann ebenfalls weibliche Züge und jede Frau ebenfalls männliche Züge hat. Von dieser Idealvorstellung "Mensch" zeugen die Mythen aller Zeiten und Völker, z.B. in der Gestalt des Androgynen. Die

Bibel drückt es so aus: "Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde, und er schuf sie, einen Mann und eine Frau". Damit ist aber zugleich ausgesagt, dass in der praktischen Existenz die Einheit Mensch in eine männliche und eine weibliche Hälfte auseinanderfällt, mit dem Auftrag an beide, den ungeteilten Menschen als höchstes Ziel vor Augen zu behalten und sich stets um die Ueberwindung der menschlichen Gespaltenheit zu bemühen.

Unsere abendländische Kultur hat nun aber im Laufe der Jahrhunderte vor allem das Auseinanderfallen und sogar die Polarisierung der männlichen und der weiblichen Seite vorangetrieben und deren Durchmischung vernachlässigt. Sie institutionalisierte eine - allerdings ursprünglich naheliegende und praktische - Arbeitsteilung, die eine immer speziellere Zuordnung und Ausprägung bestimmter Fähigkeiten und Werte bei nur der einen oder nur der andern "Hälfte" der Menschen zur Folge hatte.

Dem Manne wurde das "Aussen" zugeordnet, die grosse weite Welt, der Frau das "Innern", der intime häusliche Bereich. Mit dieser Aufgabenteilung spalteten sich im Laufe der Zeit auch die menschlichen Eigenschaften mehr und mehr in solche auf, die als "typisch männlich", und in solche, die als "typisch weiblich" empfunden wurden. "Männlich" wurde immer einseitiger gleichgesetzt mit Geist, Intellekt, Kampf- und Eroberungswillen, mit Begriffen wie logisch, abstrakt, rational, technisch-funktionell, sachlich, unpersönlich, nüchtern, kühl, hart, mit dem Hang zur Grösse, zum Erobern, zum Herrschen, zum Rekord, zur Geschwindigkeit. "Weiblich" waren entsprechend gegensätzliche Werte wie Mitgefühl, Sanftmut, Wärme, Friedfertigkeit, Dienstbereitschaft, Opferwille. Wie mancher Mann, wie manche Frau musste und muss unter diesen einseitigen Erwartungshaltungen der Umgebung leiden, weil sie auch als Individuen eben nicht "nur" Mann, nicht "nur" Frau sind. Doch die bisherige Art der Aufspaltung der menschlichen Ganzheit hat verhängnisvolle Folgen weit über das Individuum hinaus.

Weil wir die Gestaltung der äusseren Welt, die Untertanmachung der Erde, dem Manne übertragen haben, der seine "weib-

lichen" Eigenschaften an seine "bessere" Hälfte delegiert hat, trägt die Welt, in der wir leben, ausgesprochen männliche Züge und "funktioniert" nach männlichen Kriterien. Augenfällig ist dies im Planen und Bauen, im Städtebau, aber auch in der Arbeit, im Verkehr, in der Landwirtschaft; aber auch das Schul- und das Gesundheitswesen gehorcht männlichen Gesetzen.

Die Welt, die so entstanden ist, ist in mancher Hinsicht grossartig. Es ist aber auch eine Welt, welche durch fortschreitende Verarmung an Gefühls- und Beziehungswerten, an Schönheit, Natur und lebendiger Vielfalt zunehmend unwirtlich geworden ist und sich in der letzten Konsequenz durch die Zerstörung der Lebensgrundlagen für den Menschen selbst als unmenschlich erweist. Dies nicht, weil männlich mit urmenschlich gleichzusetzen wäre, sondern weil eben nur-männlich ebensowenig menschengerecht ist wie nur-weiblich und beides im Extrem in die Unmenschlichkeit führen muss.

Unsere technisch-funktionalen Städte mit ihrer Käfighaltung der Menschen sind zu Brutstätten der Einsamkeit, der Verzweiflung und der Kriminalität geworden. Unpersönlichkeit schafft Unpersonen. Alle sieben Stunden stirbt ein Mensch auf unseren Strassen. Die Opfer dieses vorprogrammierten Sterbens sind in erster Linie die Schwächsten und Schutzbedürftigsten unter uns, die Kinder und die Alten. In der Schule werden die intellektuellen Leistungen und der Konkurrenzkampf trainiert. Wärme, Hilfsbereitschaft oder auch eine gewisse Verspieltheit haben hier wenig zu suchen, denn unsere Kinder sollen ja auf das harte männliche Leben vorbereitet werden, auf das Leben "draussen". In der Arbeitswelt dominieren die Prinzipien der Rationalisierung und Spezialisierung, die den Menschen seiner Tätigkeit entfremden. Die Medizin ist von einer Heil-Kunst zu einer übertechnisierten Superspezialität geworden, die Organe statt Menschen behandelt und dem Heer von seelisch und an ihrer Umwelt Erkrankten hilflos gegenübersteht. Und das Sterben ist heute, trotz oder wegen der gewaltigen medizinischen und technischen Möglichkeiten, grausamer geworden als in irgend einer Zeit zuvor.

Die schwerstwiegende Konsequenz der gespaltenen Entwicklung ist aber sicher

die Zerstörung der Natur und damit unserer Lebensgrundlage. Der Auftrag, sich die Erde "untertan" zu machen, hat uns, in dieser einseitig-männlichen Form verstanden, an den Rand der ökologischen Katastrophe und unserer eigenen Vernichtung gebracht. Als Gegenstück sei die Formulierung im altpersischen Avesta erwähnt, der Mensch solle die Erde "in ein Paradies für alles Leben verwandeln". Hier wird die Beziehung zur Natur menschlich-ganzheitlich begriffen, der Mensch nicht als Herr der Schöpfung, sondern als Teil der Natur, als Treuhänder und Diener am Leben.

Wenn die Welt unter unseren Händen in ein Paradies und nicht in eine Wüste verwandelt werden soll - ich weise in diesem Zusammenhang auf die erschreckenden Visionen der Schweizer Kinder hin, die am UNO-Zeichnungswettbewerb "Wie werde ich im Jahr 2000 leben?" teilgenommen haben und die sich in ihrer grossen Mehrheit die Welt der Zukunft offenbar nur mehr als eine erstarrte, tote Wüste aus Beton und Blech vorstellen können, aus der alle Farbe, Wärme, Schönheit und alles Leben mitsamt dem Menschen selbst verdrängt ist -, dann brauchen wir heute dringender denn je diese ganzheitliche Sicht, welche die "weiblichen" Qualitäten der Naturnähe, des Bewahrenden, Pfllegenden, dem Leben Dienenden miteinschliesst. Wir dürfen die weibliche Art Probleme zu sehen, anzugehen und zu lösen nicht länger auf die kleine häusliche Gemeinschaft beschränken, sondern müssen sie in die Gestaltung der grossen Gemeinschaft der Menschen und der Umwelt, kurz, in die Politik, einbringen. Neben den "männlichen" Grössen- und Ordnungsideen muss das kleine Mass der direkten menschlichen Beziehung mitbestimmend sein, neben der Technokratie und der nüchternen Sachlichkeit die Werte des Gefühls und der Schönheit des Lebendigen, neben der Vorstellung des Machtkampfes und des Beherrschens die Ueberzeugung, sich auf die Zusammengehörigkeit, das Mitgefühl und die Logik des Herzens stützen zu dürfen.

Dies ist es, was ich als den anthropologisch-ethischen Grund für das politische Wirken der Frau bezeichnen möchte. Das Bemühen um Einigung und Durchmischung von männlichen und weiblichen Qualitäten ist gewiss eine allgemein-menschliche Aufgabe.

Als natürliche Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung ergeht jedoch heute der Auftrag, die je ergänzenden Werte einzubringen, vorab an den Mann in bezug auf die kleine private Welt, vorab an die Frau aber in bezug auf die grosse öffentliche, auf die politische Welt. (Dabei scheint es mir grundsätzlich wichtig, dass wir vom "Herren der Schöpfung" - Standpunkt im doppelten Sinne abzurücken versuchen, d.h. den "Heils"-Auftrag nicht nur in bezug auf den Menschen, also nur human-ethisch verstehen, sondern ihn auf alles Leben bezogen, im Sinne einer umfassenden ökologischen Lebens-Ethik, die dem "weiblichen" Naturverständnis näher liegt als dem "männlichen", begreifen lernen).

Missverständnisse um die Frauenpolitik

Nach diesen etwas abstrakten, aber notwendigen Gedankenflügen wollen wir uns wieder auf den Boden des politischen Alltags begeben und uns zum Schluss die naheliegende Frage stellen, warum Politik allen einleuchtenden Gründen zum Trotz bis heute nicht zur Frauensache geworden ist und Frauen trotz bester Qualifikationen nur ausnahmsweise in politische Ämter gewählt werden. Dass es nicht einfach eine Frage der Zeit ist, bis die Frauen automatisch angemessen vertreten sein werden, habe ich bereits gesagt. Die allgemeine Erfahrung deutet sogar eher darauf hin, dass der Anteil der Frauen in der Politik nicht nur stagnieren, sondern wieder zurückgehen könnte.

Liegt es also doch an den Frauen selber? Daran, dass sie sich, von Ausnahmen abgesehen, einfach weniger für die Politik eignen als die Männer? Die grosse Mehrzahl aller Männer und Frauen ist im Grunde dieser Ueberzeugung, obschon sie durchaus nichts gegen die Gleichberechtigung als politische Idee einzuwenden hat. Eine Umfrage im Jahre 1974 in Zürich zur Ermittlung der idealen Politiker-Eigenschaften ergab, dass Männer und Frauen spontan ausgesprochen "männliche" Eigenschaften als ideal empfinden für politisches Wirken. Dass bei Wahlen entsprechend Männer und Frauen in erster Linie Männer wählen, ist nur die "logische" Folge dieser "unlogischen" Einstellung.

Das fundamentale Missverständnis scheint mir darin zu liegen, dass bei dieser Auffassung Politik sozusagen als Selbstzweck gesehen wird (weil Politik so und so ist, eben männlich ist, eignen sich die Frauen nicht dafür), anstatt als Mittel, das einem bestimmten Zweck zu dienen hat. Wenn man die gleichen Männer und Frauen "von der Strasse" befragt, wie die Welt aussehen sollte, in der sie gerne leben möchten, so ergibt sich nämlich als Zielvorstellung stets das Bild einer Welt, die wesentlich von unserer Wirklichkeit abweicht und auf verschiedenste Art und Weise "weiblicher" ist. Bezogen auf das Ziel der Politik erweisen sich die Frauen damit unversehens nicht nur als sehr geeignet, sondern in mancher Beziehung als eigentlich notwendig. Hier müssten wir uns wohl alle, als Stimmbürgerinnen und -bürger ehrlich prüfen und uns bewusst zu machen versuchen, von welchen Motiven wir uns beim Wählen leiten lassen.

Ein weiteres Missverständnis, das der Politik als Frauensache hinderlich ist, betrifft die oft gehörte und noch öfter unausgesprochene Auffassung: Wenn die Frauen schon "mit Teufels Gewalt" gleichberechtigt und politisch tätig sein wollen, dann sollen sie sich aber auch genau gleich wie die Männer durchkämpfen und emporboxen müssen. Mit dieser Einstellung erreichen wir das Gegenteil von dem, was wir als notwendiges Ziel erkannt haben. Anstelle des weiblichen Elementes, das wir als Korrektur und Ergänzung zur bisherigen Entwicklung fördern möchten, begünstigen wir damit die Frauen, die den Ehrgeiz haben, es den Männern nicht nur gleich zu tun, sondern sie möglichst mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Diese Entwicklung zeichnet sich heute schon ab. So schrieb vor einiger Zeit eine führende deutsche Zeitung: "Die Zeit der Muttis in der Politik ist vorbei. Jetzt kommen die knallharten Karrierefrauen". Damit wäre der Auftrag der Frau in der Politik, wie ich ihn verstehe, ins Gegenteil verkehrt und eine entscheidende Chance, dem Nachholbedarf an weiblichen Qualitäten bei der Gestaltung unserer Welt Rechnung zu tragen, vertan. Hier, scheint mir, liegt eine zentrale Aufgabe und Verantwortung bei den Parteien, welche diese bis heute höchstens verbal wahrgenommen haben.

Schliesslich sei noch auf ein drittes häufiges Missverständnis hingewiesen:

Man hat zwar durchaus nichts gegen die Mitarbeit der Frau in der Politik, möchte sie aber auf die "typisch weiblichen" Ressorts des Sozialen, der Fürsorge, beschränken, weil dies doch den Frauen am nächsten liege und sie somit hier auch ihr Bestes leisten könnten. Die Frauen sollen sich demnach auch in der Politik dort betätigen, wo sie seit jeher selbstlos (und meist unentgeltlich) wirkten, dort nämlich, wo - um es etwas hart auszudrücken - die Opfer einer einseitig männlichen Politik anfallen und es die entstandenen Schäden zu beheben gilt. Wenn wir solche "weiblichen Ressorts" in der Politik ausscheiden, zementieren wir aber die bisherigen Strukturen und Fehlentwicklungen. Der Einfluss der Frauen muss im Gegenteil dort besonders wirksam werden, wo die Strukturen geschaffen werden und einseitigen Entwicklungen vorgebeugt werden kann: bei der Planung der Städte, des Verkehrs, des Gesundheitswesens; bei der Schaffung der Gesetze, denen die Entwicklung gehorcht; in der Finanzpolitik, wo durch das Setzen von mehr "männlichen" oder mehr "weiblichen" Schwerpunkten unsere Welt vorgezeichnet wird.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Anstatt Städte zu bauen, wo die Kriminalität eingepflegt ist (wie das ein berühmter Architekt einmal ausgedrückt hat) und abschliessend mit aufwendigen und stets unzulänglichen Sozialmassnahmen die Folgen zu bekämpfen, müssen nach dem menschlichen Mass Modelle geschaffen werden, die auf Geborgenheit und Kommunikation angelegt sind. Es ist gewiss kein Zufall - und für mich ein Zeichen der Hoffnung -, dass eine der wichtigsten Ideen, um unsere Städte zu vermenschlichen, von einer Frau stammt. Ich denke an die Idee der Wohnstrassen, die heute im Begriff ist, die Welt zu erobern und die wir einer holländischen Hausfrau verdanken. Es ist sicher auch kein Zufall, dass in zahlreichen Bürgerinitiativen unterschiedlichster Art, die aber alle dem Ziel dienen, eine freundlichere, eine wärmere Welt zu gestalten, die Frauen eine tragende Rolle spielen. Ebensowenig dürfte es aber ein Zufall sein, dass sich diese Erneuerungsbebewegungen ausserhalb der überkommenen politischen Strukturen abspielen müssen, da diese einseitig dem "männlichen" Prinzip verhaftet sind.

Manchmal frage ich mich angesichts der grossen Anstrengungen und der kleinen Erfolge von Generationen von Frauen, angesichts der ungezählten Enttäuschungen und der vielen widerspruchsvollen und in tiefsten emotionalen Schichten wurzelnden Missverständnisse und Vorurteile, welche die Frauenpolitik noch immer behindern und belasten, ob wir uns nicht um eine Art Quadratur des Kreises bemühen, wenn wir das männliche Feld der Politik fraulichem Wirken zu öffnen versuchen. Schliesslich glaube ich aber doch immer wieder, dass wir hier vor eine der grossen Aufgaben unserer Zeit gestellt sind, in der die Chance liegt für Mann und Frau und unsere Gesellschaft, zu neuen Ufern der Menschlichkeit vorzustossen.

Adresse der Autorin

Leni Robert-Bächtold
Redaktorin, Grossrätin
Neufeldstrasse 27E
3012 Bern

Chronik der laufenden Ereignisse Mai bis Ende August 1979

Mehr alkoholkrankte Frauen

(19.5.) Die Zahl der Alkoholkranken nimmt bei den Frauen stärker zu als bei den Männern. Dies zeigt eine im Bulletin des Eidg. Gesundheitsamtes veröffentlichte Pilotstudie über die Psychiatrischen Universitätskliniken von Basel-Stadt. In der Poliklinik standen 1972 den 31,5 Prozent Frauen 68,5 Prozent Männer gegenüber. 1977 waren es bereits 35,4 Prozent Frauen gegenüber 64,6 Prozent Männern. Am meisten Alkoholranke sind bei Männern und Frauen in der Gruppe der 31- bis 40jährigen anzutreffen.

8 Prozent Nationalrätinnen

(22.5.) Susi Eppenberger (fdp, St. Gallen) übernimmt das Nationalratsmandat des verstorbenen Rudolf Schatz. Damit steigt die Zahl der Nationalrätinnen auf 16. Das sind verglichen mit der Gesamtzahl von 200 nur 8 Prozent. Die SP stellt 6 Nationalrätinnen, die FDP 5, die CVP 4 und die Liberale Partei eine. Im Ständerat ist der Frauenanteil nach wie vor geringer, gehört dieser Kammer doch nur eine einzige Frau (SP) an.

Unselbständigen Wohnsitz abschaffen

(23.5.) Der Schweizerische Verband für Frauenrechte fordert an seiner Delegiertenversammlung in Zug in einer Petition an die Bundesbehörden, dass Ehefrauen in der Frage des Wohnsitzes nicht mehr wie minderjährige Kinder und bevormundete Personen als "nicht selbständige Personen" behandelt werden. Artikel 25 des Zivilgesetzbuches, wonach für Ehefrauen der Wohnsitz des Mannes gilt, soll deshalb abgeändert werden.

Bundesstellen auch für Frauen

(30.5.) Die Stellen des Bundes stehen grundsätzlich beiden Geschlechtern offen, sofern die Erfordernisse erfüllt sind. Darauf soll künftig im Stellenanzeiger des Bundes hingewiesen werden. Wie der Bundesrat in der Antwort auf eine Einfache Anfrage von Nationalrätin Heidi Denèys (soz., Neuenburg) weiter bekanntgibt, führte ein Vorstoss der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu dieser Neuerung. Das Finanzdepartement bemüht sich, auch eine befriedigende Lösung für Inserate in der Tagespresse zu finden.

Internationale Frauenkonferenz

(6.6.) Nationalrätin Gertrude Girard (fdp, Waadt) weist in einer Interpellation darauf hin, dass 1975 die Schweizer Delegation an der internationalen Frauenkonferenz in Mexiko durch einen Mann, nämlich den Botschafter in Mexiko, geleitet wurde. Im Hinblick auf die vom 14. bis 30. Juli 1980 geplante weitere Frauenkonferenz fragt die Parlamentarierin, ob man hoffen dürfe, dass der Bundesrat diesmal eine Frau an die Spitze der Schweizer Delegation stellen werde.

Bericht über die Stellung der Frau

(7.6.) Der Basler Grosse Rat bewilligt einen Staatsbeitrag von 100'000 Franken für eine Untersuchung über die Stellung der Frau im Kanton Basel-Stadt. Die Regierung hatte den Kredit aufgrund eines Vorstosses beantragt. Der Bericht soll bestehende Unterschiede in der Stellung von Mann und Frau untersuchen und auch Möglichkeiten aufzeigen, wie allfällige Diskriminierungen etwa bei der Stellenbesetzung in der Verwaltung beseitigt werden können. Der Auftrag wird vom Soziologischen Seminar der Universität durchgeführt.

SKV: Keine Frau an der Spitze

(16.6.) Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) wählt wieder einen Mann zum Zentralsekretär, so dass weiterhin alle fünf vollamtlichen Zentralsekretäre des Verbandes Männer sind. Die Frauen, die 32 Prozent der 78'000 Mitglieder stellen, sind in der Geschäftsführung nicht vertreten. Dagegen protestiert die Präsidentin der Frauenkommission, der jedoch versichert wird, bei einer nächsten Wahl werde eine Frau mit guten Qualifikationen reelle Chancen haben.

Frauen von Arbeitslosen leiden ebenso

(22.6.) Ehefrauen von entlassenen Arbeitern tragen an den Folgen der Arbeitslosigkeit genau so schwer - wenn nicht schwerer - wie die Betroffenen selbst. Dies zeigt eine von der Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier (GTCP) in Auftrag gegebene Untersuchung bei Frauen von Entlassenen der Firestone in Pratteln. Neben den finanziellen haben diese Frauen auch grosse psychische Probleme. 88 Prozent geben an, seit der Entlassung des Mannes unter irgendwelchen gesundheitlichen und psychosomatischen Schäden zu leiden, wie Nervosität, Zukunftsangst, Niedergeschlagenheit, Gereiztheit, Schlafstörungen, Magenbeschwerden usw.

Weiterhin Konkubinatsverbot

(26.6.) Der St. Galler Grosse Rat lehnt eine ersatzlose Streichung des Konkubinatsverbots ab. Das Nein wird u.a. damit begründet, in "wilder Ehe" Lebenden könnten gegenüber Eheleuten wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Der Rat spricht sich dagegen für eine "differenzierte" Lösung mittels Totalrevision des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch aus. Die Diskussion über das Konkubinatsverbot - es ist offiziell noch in 13 Kantonen rechtswidrig - war durch einen Fall in Wil erneut in Gang gebracht worden, wo die Polizei ein Paar mit einem Kind anwies, die gemeinsame Wohnung zu räumen, ansonsten die polizeiliche Trennung und eine massive Büssung erfolgten.

Stillen wieder "in"

(26.6.) Das Stillen scheint in der Schweiz wieder modern zu werden. Nur knapp 10 Prozent von 375 im März und April 1978 geborenen Kindern wurde überhaupt nicht gestillt, wie eine von der Schweizer "Aerzte-Information" veröffentlichte Untersuchung ergibt. Immer neue Vorzüge der Ernährung mit Muttermilch werden offenbar erkannt, und auch die Ueberzeugung verbreitet sich zusehends, dass Stillen für eine harmonische Mutter-Kind-Beziehung und für die weitere Entfaltung des Kindes von grosser Bedeutung ist.

Haus für misshandelte Frauen

(1.7.) Dem Zürcher Verein zum Schutz misshandelter Frauen gelingt es, anstelle der bisherigen Notwohnung ein 10-Zimmer-Haus zu übernehmen, in dem nun Frauen und Kinder vorübergehend Schutz und Hilfe finden. Die Helfer sind Tag und Nacht erreichbar. Im neuen Haus wird auch eine Beratungsstelle eingerichtet.

Für Gleichberechtigung

(2.7.) Mit 126 gegen 36 Stimmen genehmigt der Zürcher Kantonsrat einen Vorstoss, demzufolge der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ausdrücklich in der Kantonsverfassung verankert werden soll. Die Regierung hatte sich dem Anliegen widersetzt, da eine solche "blosse Deklaration über die Gleichheit der Geschlechter, abgesehen von ihrer sachlichen Problematik, in der Kantonsverfassung ein systemwidriger Fremdkörper" wäre und eine Regelung auf Bundesebene vorzuziehen sei.

Entwurf zum neuen Eherecht

(11.7.) Der Bundesrat verabschiedet zuhanden des Parlaments den Entwurf zum neuen Eherecht. Dieses soll den Grundsatz der Gleichstellung der Gatten in der Ehe verwirklichen und die eheliche Gemeinschaft stärken. Für die Familie gelten aber gemäss Entwurf weiterhin der Name und das Bürgerrecht des Ehemannes. Der hausführende Ehegatte erhält einen angemessenen Betrag zur freien Verfügung. Als ordentlichen Güterstand sieht der Entwurf die Errungenschaftsbeteiligung vor.

Frauenlöhne wesentlich tiefer

(19.7.) Frauenlöhne stiegen im vergangenen Jahr durchschnittlich etwas mehr als Männerlöhne, doch verdienen die Frauen immer noch wesentlich weniger als Männer. Eine Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit zeigt, dass im Oktober 1978 ein Arbeiter durchschnittlich einen Stundenlohn von Fr. 13.45 verdiente, während eine Arbeiterin nur Fr. 9.03 erhielt. Das Monatsgehalt der männlichen Angestellten betrug durchschnittlich 3'416 und jenes der weiblichen Angestellten 2'271 Franken. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,6 und jene der Arbeiter nur um 2,7 Prozent. Die Zunahme bei den weiblichen Angestellten betrug 3,9 und jene bei den männlichen Angestellten 3,5 Prozent.

Bundesfeierspende für Frauen

(1.8.) Mit den gesammelten Mitteln der Bundesfeierspende wird dieses Jahr die gemeinnützige Tätigkeit von fünf grossen Frauenorganisationen unterstützt. Bundespräsident Hans Hürlimann hat das Schweizervolk aufgerufen, sich aktiv an der Spende zu beteiligen. "Wir wissen, dass die Frau längst nicht mehr nur im Haushalt tätig ist, obwohl die mütterliche Betreuung und die Erziehung der Kinder nach wie vor zu ihren wichtigsten Aufgaben gehören", erklärte er. Mit der Entwicklung der modernen Gesellschaft habe sich das Tätigkeitsfeld der Frauen enorm ausgeweitet. Ihre Mithilfe sei heute bedeutend in der Gemeinde, in den Schulen, Spitälern, in vielen Sozialwerken und anderswo.

SAC und SFAC fusionieren

(4.8.) Die Zentralkomitees des Schweizerischen Frauenalpenclubs (SFAC) und des Schweizerischen Alpenclubs (SAC) unterzeichnen in Thun feierlich den Fusionsvertrag, der nun noch von den Abgeordnetenversammlungen ratifiziert werden muss. Die Schweiz ist das einzige Land, in dem die männlichen und weiblichen Bergsteiger noch in getrennten Vereinen organisiert sind.

Wenig Frauen in Spitzenpositionen

(9.8.) Die Frauen sind in den Spitzenpositionen des Bundes krass untervertreten. Von den 2'082 "höheren Chefbeamten" (Lohnklassen

2, 1, 1a und Ueberklasse) in der allgemeinen Bundesverwaltung (ohne SBB und PTT) waren am 1. Januar 1979 nur 21 oder 1 Prozent Frauen. Wie der "Tages-Anzeiger" weiter berichtet, macht der Frauenanteil sogar nur 0,6 Prozent aus, wenn man allein die Ueberklasse nimmt (322 Männer und 2 Frauen). Die Zahlen basieren auf einer Statistik des Eidg. Personalamtes.

Gegen "Rüebli-RS"

(19.8.) 14 Bieler Gymnasiastinnen müssen mit gerichtlichen Schritten rechnen, weil sie den hauswirtschaftlichen Unterricht boykottiert haben und auch einen Kompromiss-Vorschlag nicht annehmen wollen. Die auflüpfigen Frauen lehnen es ab, für eine traditionelle Hausfrauenrolle geschult zu werden. Sie gehören zu einer Aktionsgruppe, in der auch Lehrtöchter mitmachen und die zu Händen der bernischen Behörden eine Petition lanciert hat. Die Gruppe fordert, dass die bisher obligatorische "Rüebli-RS" (5 Wochen) künftig freiwillig sei und auch Knaben offenstehe.

Delegierte für Frauenfragen?

(24.8.) Gibt es in der Schweiz demnächst eine neue Stabsstelle oder eine Delegierte für Frauenpolitik? Der Bundesrat erklärt sich bereit, ein entsprechendes Postulat von Nationalrat Helmut Hubacher (soz., Basel-Stadt) zu prüfen. Der Parlamentarier vertritt den Standpunkt, dass eine solche Massnahme notwendig sei, um die Gleichberechtigung der Frau sichtbar zu fördern.

Sozialmedizinische Lösung

(27.8.) Nach langwierigen Beratungen spricht sich die zuständige Nationalratskommission in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs mit 8:7 Stimmen für eine sozialmedizinische Indikationslösung aus, die einer parlamentarischen Einzelinitiative von Nationalrat Gion Condrau (cvp, Zürich) gleicht und auf das umstrittene Gutachten eines zweiten Arztes verzichtet. Die Kommissionsminderheit empfiehlt eine föderalistische Lösung, die grundsätzlich ebenfalls eine sozialmedizinische Indikationslösung vorsieht, den Kantonen aber die Freiheit lässt, für ihr Gebiet die Fristenlösung einzuführen. Bevor sich der Nationalrat mit der Angelegenheit befasst, wird der Bundesrat noch Stellung nehmen.

La revision totale de la constitution fédérale est souhaitable.
Prise de position de la commission fédérale pour les questions féminines sur le projet de constitution élaboré par la commission Furgler

Remarque préliminaire

Etant donné

- que le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale n'ont encore pris aucune décision au sujet de la mise en chantier d'une revision totale de la constitution fédérale,
- qu'aucune procédure n'a été arrêtée pour le cas où une revision serait décidée et que le rapport de la commission d'experts ne contient pas non plus de propositions à cet égard,
- que le projet de constitution des experts (PC) est mis en discussion sans que le Conseil fédéral se soit déjà exprimé,

la Commission fédérale pour les questions féminines se borne à donner une réponse succincte à deux questions:

- une revision totale est-elle souhaitable?
- quelle est la position de la femme dans le PC?

Lorsque l'on saura si et comment la constitution sera soumise à une revision totale, la commission s'exprimera volontiers de manière circonstanciée sur un projet bénéficiant d'une assise politique plus large.

Une revision totale est souhaitable

Le projet de constitution de la commission d'experts a suscité un intérêt extraordinairement grand dans les milieux féminins. On peut affirmer sans exagérer que jamais encore document politique n'a trouvé un écho aussi puissant ni provoqué des discussions aussi vives. Cela fait sans doute bien augurer d'une revision totale, même si la seule existence du PC a pu donner à certains groupes des illusions quant aux chances de réalisation d'une telle entreprise et au temps nécessaire pour y parvenir. Quoi qu'il en soit, nombreuses sont les femmes qui fondent de grands espoirs sur une revision totale.

La commission considère une revision totale de la constitution fédérale (cst.) comme souhaitable. L'ordre social et économique de notre pays est soumis à des mutations profondes et rapides. Certes, les moyens nécessaires pour maîtriser les problèmes existent en grande partie, mais il faut les compléter et en rendre conscients les citoyens. En effet, il y a un large fossé entre ce qui est écrit dans notre charte et ce qui, par son application et son interprétation, constitue aussi voire uniquement le droit constitutionnel. Il est indiqué de combler ce fossé.

L'expérience visant à faire de nouveau de la constitution un instrument efficace et à la rendre compréhensible pour tous, doit forcément s'étendre à l'examen de la constitution elle-même en tant que loi fondamentale et état de la nation. Ce réexamen permet au citoyen de s'interroger sur les valeurs fondamentales, la structure, les tâches et le fonctionnement de l'Etat, en bref sur la collectivité dans son ensemble et sur ses rapports avec l'Etat. Réflexion élémentaire, mais extrêmement précieuse, au titre de la formation

civique également. De plus, elle sensibilise le citoyen à la nécessité d'adapter l'ordre juridique fondamental aux réalités. La révision totale de la constitution en tant qu'apprentissage civique nous paraît souhaitable. - Cette entreprise est-elle réalisable et, le cas échéant, de quelle manière? Ce sont là deux questions sur lesquelles nous ne voulons pour le moment pas nous prononcer.

De la situation de la femme dans le PC

La langue

Nous constatons que beaucoup de femmes ne se sentent pas vraiment concernées par le PC, malgré l'intérêt qu'elles lui manifestent. La sensibilisation à la condition féminine a beau faire des progrès, le PC ne parle pas de la femme, sauf à l'article 9. Cela est sans doute dû précisément à la volonté louable de mettre l'homme et la femme sur pied d'égalité. Là où tout le monde est concerné, le PC emploie les expressions "tout" ou "chacun", pour un Suisse tout simplement "il" (p.ex. à l'art. 15), c'est-à-dire uniquement le genre masculin. Encore sous le coup de la manière dont le Tribunal fédéral et le Conseil fédéral ont interprété, lors de recours en matière de registres électoraux, les anciens articles 74 et 75 est. (voir notamment ATF 83 I 73 et le message du 23 décembre 1969 sur l'institution du suffrage féminin en matière fédérale, FF 1970 I 97 ss), de nombreuses femmes ne se sentent pas concernées tant qu'elles ne sont pas expressément incluses dans le champ d'application de dispositions statuant des droits ou des obligations. L'"Etat masculin" trouve son expression dans la langue du PC. Nous le regrettons, sans pour autant vouloir d'emblée parler de sexisme de la langue. Malheureusement, nous ne sommes pas en mesure de proposer d'autres formules simples et concises. Nous pensons cependant qu'une remarque préliminaire atténuerait le sentiment de malaise éprouvé par de larges couches de la population féminine. Il suffirait de préciser que l'emploi de la forme masculine n'exclut pas les femmes. Cette observation pourrait être renforcée par l'adjonction d'un alinéa 3bis à l'article 2 du PC: "Il encourage l'épanouissement de la femme en tant que personne indépendante."

De plus, à titre de disposition transitoire, nous proposons une définition légale: "Par 'Suisse' et 'chacun', la présente constitution comprend les hommes et les femmes, à moins qu'elle n'en restreigne expressément la signification."

Le principe: l'article 9 PC

1. La position de la femme est déterminée principalement par l'article 9 PC, surtout par son 3e alinéa. La commission, dont la majorité est favorable à l'initiative populaire pour l'égalité des droits entre hommes et femmes, qui va dans le même sens que cette disposition, approuve entièrement l'article 9, qui ne prend d'ailleurs toute sa signification qu'en liaison avec les articles 24 et 25 PC. Le 3e alinéa concrétise le 2e alinéa, qui interdit toute discrimination. Il est également très heureux que le droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale soit clairement statué et qu'obligation soit faite au législateur de pourvoir à l'égalité dans les domaines de la famille, de l'instruction et du travail, obligation qui va au-delà de l'article 3, 2e alinéa, de la loi fondamentale de la RFA. Malheureusement, contrairement à ladite loi, le PC ne fixe pas de délai pour l'accomplissement de cette importante tâche. Il y a donc lieu de prévoir une disposition transitoire qui impose au législateur un délai, raisonnable

certes, mais bien défini, à défaut de quoi cette disposition risque de demeurer lettre morte.

2. Considérant les inégalités entre hommes et femmes, dans les administrations publiques également (la consultation sur l'initiative pour l'égalité des droits en a fourni de nombreux exemples), la commission estime nécessaire de compléter ainsi l'article 9, 3e alinéa, 2e phrase PC: "... La loi pourvoit à l'égalité en particulier dans le secteur public et dans les domaines de la famille, de l'instruction et du travail. ..."
3. Etant donné que l'inégalité des conditions de travail et de salaire est évidente, mais qu'il est très difficile d'établir dans chaque cas son caractère discriminatoire, il y aurait lieu d'examiner la possibilité de renforcer l'article 9, 3e alinéa, en inversant la règle générale du fardeau de la preuve, c'est-à-dire en astreignant l'employeur à apporter la preuve que les femmes ne sont pas soumises à un traitement inégal.
4. L'article 9, 2e alinéa, devrait aussi mentionner l'état civil, qui est un motif d'inégalité dans certaines domaines (p.ex. droit fiscal, assurances sociales, allocations de ménage).

Quelques cas d'application du principe

Le principe énoncé à l'article 9, 3e alinéa PC doit être explicité dans le PC, d'une part, et dans la législation ordinaire, d'autre part. Nous relèverons ci-après quelques dispositions du PC qui entrent ou pourraient entrer en collision avec l'article 9, 3e alinéa, ainsi que des articles qui devraient être interprétés d'une certaine manière à la lumière du principe de l'égalité. Nous partons du fait que les femmes sont comme par le passé nettement sous-représentées au sein des autorités (exécutives, législatives, judiciaires et administratives), quel que soit leur niveau, et dans la vie publique en général. Il s'agit de corriger cette sous-représentation: d'un point de vue formel, une présence féminine renforcée aiderait les femmes à surmonter leurs difficultés d'identification dans l'Etat; d'un point de vue matériel, elle ferait contre-poids à la façon de voir des hommes. La commission se demande s'il ne serait pas indiqué dans bon nombre de cas d'instaurer un système légal de quotas, de lier l'octroi d'une subvention à un pourcentage déterminé de femmes (si tant est que des mesures de ce genre soient possibles).

1. L'article 12, 2e alinéa PC astreint l'Etat à prendre des mesures pour donner aux "diverses opinions les moyens de s'exprimer" par la presse, la radio et la télévision. L'Etat devrait donc, par exemple, se préoccuper de la notable sous-représentation des femmes dans les rédactions des moyens de communication sociale, d'où une mauvaise audibilité de la "voix" de la femme. Cela est d'autant plus regrettable et choquant que depuis quelque temps des femmes s'engagent précisément "comme femmes" et d'un point de vue féminin défini. Il faudrait aussi veiller à ce que les moyens de communication tiennent compte d'un point de vue spécifiquement féminin lorsqu'il y en a un sur une question.
2. L'article 15 PC accorde la liberté d'établissement et d'émigration à "tout citoyen suisse". Selon le CC, le domicile du mari est aussi celui de sa femme (art. 25, 2e al., et 160, 2e al.). Dans l'application de l'article 45 cst., cela a conduit à ce qu'une femme mariée non séparée ne peut se créer un domicile personnel qu'avec l'autorisation du mari ou moyennant

- une décision judiciaire. Le maintien de cette pratique, qui est l'objet d'une critique modérée de la part de Burckhardt déjà (commentaire 3. éd., 1931, p. 395), serait absolument contraire à l'article 9, 3e alinéa PC, et n'est d'ailleurs guère envisagé (voir l'art. 162 du projet de révision du droit matrimonial). Il suffit d'employer l'expression "tout citoyen suisse" pour éveiller ou renforcer des soupçons. Une formule neutre serait de nature à prévenir l'impression que la contradiction entre le CC et l'article 9, 3e alinéa PC sera maintenue par l'article 15 PC au détriment de la femme.
3. Les articles 18 et 19, 1er alinéa PC déploient eux aussi leur plein effet uniquement pour chaque homme, mais pas pour chacun, la femme ayant besoin du consentement de l'homme (conjoint) pour exercer une profession ou une industrie (art. 167 CC).
 4. L'article 23, 1er alinéa PC ne doit en aucun cas être interprété de telle façon que le sexe autorise la limitation d'un droit fondamental.
 5. L'article 24 PC exige la réalisation des droits fondamentaux dans tous les domaines de la législation. Pour les femmes mariées, la constitution en vigueur rend l'exercice des droits fondamentaux partiellement impossible ou pour le moins très difficile (p.ex. les rapports entre les art. 43, 45 et 59 cst., d'une part, et l'art. 25 CC, d'autre part).
 6. L'article 25 PC accorde aux droits fondamentaux un effet limité sur les rapports entre les particuliers. La commission approuve cette disposition, qui permet à l'article 9 PC de déployer tous ses effets.
 7. Les articles 26, 1er alinéa, et 29, 2e alinéa, du PC doivent s'appliquer sans réserve aux femmes également, en dépit de tous les efforts faits jusqu'ici pour discriminer les femmes mariées qui exercent une activité lucrative. Du point de vue de l'égalité des droits, les mesures exigées du législateur (art. 26, 1er al. PC) doivent être de nature à assurer aux femmes mariées également, indépendamment de l'homme, un travail, la sécurité sociale et l'existence.

Autres dispositions

1. L'article premier, 1er alinéa PC
Le combat pour le droit que le mouvement féministe mène depuis des décennies et qu'il poursuit avec l'initiative pour l'égalité des droits entre hommes et femmes, de même que des considérations générales de droit public, nous incitent à demander que la Suisse soit également définie comme un Etat fondé sur le droit.
2. L'article 2 PC
Si tant est que la constitution doive assigner des buts à l'Etat, la commission est d'avis que la protection et la promotion de la famille ne peuvent absolument pas être ignorées; on pourrait en faire l'objet d'un alinéa 2bis.

3. L'article 37 PC

La commission est favorable à l'article 37 PC. Non pas que l'obligation de servir résulte logiquement de l'égalité des droits: bien qu'exempte de toute obligation de servir, non seulement sur le plan militaire mais encore dans le cadre de la protection civile, la femme suisse a contribué jusqu'ici: de diverses manières au maintien de la substance de la population et autant que l'homme qui se prépare à la défense militaire. De l'avis de la commission, l'accomplissement communautaire d'un devoir civique pourrait renforcer la solidarité, créer des rapports avec l'Etat, éveiller l'intérêt politique, atténuer l'isolement des ménagères et améliorer les relations entre les femmes. C'est pour ces raisons de politique générale que nous saluons la possibilité d'un service obligatoire féminin. Un tel service ne devrait cependant pas être accompli isolément, du moins en principe. Au contraire, il devrait être accompli si possible en commun pour répondre au but qui seul le justifie.

4. Les articles 64 à 66 PC

La commission préfère la variante. L'article 66, 1er alinéa, ne dit pas dans quelle mesure l'Assemblée fédérale doit tenir compte de la teneur et du sens d'une initiative. L'article 66, 2e alinéa, demeure lui aussi dans le vague en parlant d'un projet "qui la réalise". Outre ces expressions floues et la procédure proposée, il y a le fait de la nette sous-représentation des femmes à l'Assemblée fédérale, qu'on ne peut donc de prime abord croire capable de traiter équitablement des initiatives visant à améliorer la condition féminine. Un autre motif, et pas le moindre, est que l'initiative, qui revêt une importance particulière pour les femmes comme pour tous les groupes discriminés, serait affaiblie, ainsi que le craint aussi Etienne Grisel en parlant des articles 61 à 66 PC dans leur ensemble: "S'ils s'écartent sensiblement des règles existantes, c'est presque toujours pour restreindre leur objet et leur portée. Sans doute accroîtraient-ils d'autant la liberté d'action des autorités fédérales. La paix sociale et l'équilibre politique y gagneraient-ils? Il est permis d'en douter" (RDS 97. 1978, I 456).

5. L'article 68, 3e alinéa PC

Sans vouloir prendre position sur la question du financement des partis, nous tenons à souligner que des subventions ou d'autres prestations (art. 68, 2e al.) devraient être subordonnées notamment à la condition que les femmes soient équitablement représentées dans les organes directeurs des partis. L'article 68, 3e alinéa, devrait être complété dans ce sens.

6. L'article 109, 3e alinéa PC

Enfin, la commission salue cette disposition comme un premier pas vers une juridiction constitutionnelle proprement dite qui s'étende également aux actes de la Confédération. Il s'agit d'un bon compromis entre ce qui est souhaitable et ce qui est politiquement possible pour le moment.

La théologie féministe a pris un nouveau départ

par Ursula Krattiger

La théologie féministe est un enfant du mouvement pour la libération de la femme. Il était à prévoir qu'un jour des femmes se demanderaient dans quelle mesure la tradition judéo-chrétienne a contribué à leur oppression et quelles sont les possibilités de libération. C'est aux Etats-Unis, dans les années 70, que le féminisme est apparu pour la première fois dans la théologie et au sein des Eglises. Grâce à la conférence sur le sexisme organisée en 1974 par le Conseil oecuménique des Eglises, il s'est visiblement implanté en Europe également, qui ne compte cependant encore qu'une seule chaire universitaire pour les problèmes concernant christianisme et féminisme (faculté de théologie de l'université catholique de Nijmegen). Ce qui surprend, c'est que le mouvement féministe du 19e siècle s'est lui déjà occupé de problèmes relatifs à la foi et à l'action des Eglises. En effet, Elizabeth Cady Stanton et d'autres femmes ont publié en 1895 et 1898 un commentaire en deux volumes sur tous les passages de la bible qui concernent la position de la femme. Le but de cette "Woman's Bible" était d'infirmier les arguments des hommes et des femmes qui abusaient de la bible pour présenter l'infériorité de la femme et sa soumission à l'homme comme voulues par Dieu. Connie Parvey, qui dirige le département de la condition féminine auprès du Conseil oecuménique des Eglises, a posé une fois la question de l'utilité du combat féministe sur le plan ecclésial. Ne perdons-nous pas notre temps à l'instar de nos devancières américaines? Non, répond-elle, car aujourd'hui la théologie féministe travaille à l'intérieur d'un mouvement féministe international, elle peut se faire entendre sur les ondes et s'adresser à infiniment plus de femmes mieux formées, bénéficiant d'une meilleure intégration professionnelle, sociale et politique, plus indépendantes matériellement, intellectuellement et psychiquement. La situation est tout autre et autorise des espoirs plus grands.

La théologie féministe a pour point de départ le fait consternant que le sexisme (la domination sociale et culturelle d'un sexe sur l'autre) est également pratiqué dans le domaine de la foi et dans les Eglises: pendant des siècles, des hommes ont interprété Dieu, le monde et l'être humain, projeté une image masculine sur Dieu, défini leur rôle et celui de la femme à partir de leurs représentations, de leurs valeurs et de leurs intérêts, formulé des dogmes, établi des constitutions ecclésiales, inventé des liturgies, composé de la musique sacrée et peint des images religieuses, formé des hommes comme prêtres ou pasteurs et cultivé les sciences théologiques dans des universités réservées aux hommes (jusqu'à ces tout derniers temps). Nous femmes n'existons nulle part; aucune contribution propre qui nous permette de nous reconnaître dans les pensées et les oeuvres de nos soeurs. Dans les services religieux, nous n'entendons guère de noms de femmes; quant à Dieu, il semble dépourvu de traits féminins, bien que l'on dise les femmes créées elles aussi à son image. Bref; nous nous sentons colonisées, des objets. Dans les églises, l'inscription biblique "Car vous êtes tous frères" implique l'exclusion de fait des femmes en tant que sujets ayant le droit de dire leur mot. Une femme pasteur américaine l'exprime ainsi: je ne suis pas un frère et ne le serai jamais, je n'en fais donc pas partie, en définitive je n'existe donc pas - au juste, que fais-je encore dans une telle Eglise?

Dans et par la théologie féministe, les femmes se considèrent elles-mêmes comme des sujets religieux. Elles se refusent à continuer de jouer le rôle d'objet, de l'autre défini par l'homme. Les femmes se comprennent individuellement comme

un "moi" et collectivement comme un "nous" et cherchent de nouvelles identités dans leur religiosité à partir de l'expérience de leur aliénation jusqu'à dans les profondeurs de leur âme. Devenant majeures, elles-mêmes, aussi sur le plan spirituel et moral, elles ne considèrent pas la subjectivité; bien au contraire, elle font de leur propre expérience une source de la révélation et de la réflexion théologique et se demandant si l'objectivité, que des hommes présentent comme scientifique, ne sert pas trop souvent à nier les limites de leur propre perception et à masquer le caractère intéressé de leur point de vue. Les femmes se refusent aussi à faire de la théologie uniquement avec la tête; elles veulent appréhender et refléter leur expérience de la vie dans son intégralité, c'est-à-dire aussi avec le corps, les sens et les sentiments. Comme dans le mouvement féministe, dont l'ampleur doit beaucoup aux groupes de prise de conscience, des femmes se réunissent pour échanger leurs expériences religieuses ou lire des ouvrages de théologues féministes (selon mes renseignements, il y a des groupes à Bâle, Berné et Zurich) et peuvent alors constater le caractère général de bon nombre de ces expériences, en dépit de toutes les différences personnelles et sociales. Il en résulte un sentiment de communauté, de "sisterhood", qui englobe évidemment toutes les femmes intéressées par les problèmes religieux et qui est ainsi vraiment oecuménique.

La théologie féministe est d'abord une critique. Elle démasque le caractère unilatéralement masculin de la théologie et de la pratique dans les Eglises historiques, qui se font passer toutes deux pour des institutions de valeur humaine universelle. Concrètement, cette critique concerne notamment le langage de la bible, de la théologie et de la liturgie, qui ne donne à Dieu pratiquement que des noms masculins. Il en est de même des oeuvres d'art. La théologie féministe étudie les personnages féminins de la bible, d'Eve à la femme-soleil de l'Apocalypse, et s'interroge sur leur importance, les alérations qu'ils ont pu subir par la tradition (Miriam, reléguée à l'arrière-plan, aurait été à l'origine un chef indépendant en Israël), sur l'utilisation de ces figures dans l'histoire religieuse (Marie-Madeleine qui, la première, a vu Christ ressuscité, est demeurée la grande pécheresse; Marthe qui, hormis Pierre, est la seule à faire la décisive profession de foi en Christ, voit de nos jours encore son nom orner le fronton de foyers pour domestiques de maison). Des femmes sont à la recherche de leur propre passé, dans et derrière l'histoire de l'Eglise écrit par des hommes, et demandent ce qu'il est advenu du féminisme et Jésus (par exemple, dans ses rapports avec la femme adultère ou la samaritaine), quelle était vraiment la position de la femme dans la chrétienté primitive et quand, pourquoi et comment les femmes furent rejetées dans leur condition précédente (et inférieure), quelles femmes on été proclamées saintes, comment il a été possible d'en arriver aux horreurs des persécutions de sorcières et à leur légitimation théologique, ce que la "suppression" de Marie, des saints (et des saintes) et des nonnes a signifié pour le protestantisme. A partir de là se posent aussi des questions intéressantes des sciences religieuses et l'histoire des symboles (quels traits "le grand patriarche" Iahwé a-t-il néanmoins repris de la "grande déesse" combattue par Israël et dans quelle mesure Marie a-t-elle pris sa succession?). La mise au jour de l'exclusivité masculine n'a pas seulement pour but de la dénoncer, mais elle veut en définitive découvrir une nouvelle globalité. Pour cela il faut commencer par faire ressortir l'autre aspect, le "féminin", ce qui signifie deux choses: d'une part, il faut cesser d'attribuer à la femme seule tout ce qui est féminin et, d'autre part, l'homme doit découvrir et intégrer son côté féminin (comme la femme son côté masculin). Dans le même temps, il faut renoncer à limiter les "valeurs" féminines aux affaires de coeur, à l'éducation des enfants et à la culture domestique: les valeurs féminines, représentées par les hommes

et par les femmes, doivent aussi apparaître dans le monde extérieur. Quelques exemples: l'exploitation brutale et extrêmement dangereuse de la nature devrait céder le pas à une attitude de responsabilité écologique et de prévoyance à l'égard de notre mère la terre; en prenant au sérieux la perception des choses sensibles et nos sentiments, on pourrait dépasser une rationalité cérébrale qui aboutit trop souvent à des absurdités (contradiction entre la faim dans le monde et la course aux armements). En respectant de nouveau les rythmes du jour et de la nuit, les cycles lunaires et les saisons, nous remettrions de l'ordre dans nos rapports avec le temps et le travail. La théologie féministe est une critique de la culture et de la civilisation qui fait le procès de l'"Occident judéo-chrétien" et de son échelle des valeurs et qui veut forcer l'évolution à aller vers une globalité personnelle et culturelle.

La théologie féministe est un départ vers les frontières de la théologie et de l'Eglise. La frontière est un lieu exigeant, mais prometteur, où certaines réalités sont ressenties comme appartenant au passé et où l'avenir est l'objet d'anticipations. Cette théologie réunit des gens qui cherchent: "For the person who has learned to see sexism, nothing can ever be the same again" (Mary Daly).

Bibliographie succincte et commentée voir pages 7 et 8.

La politique en tant qu'affaire de femmes

par Leni Robert-Bächtold

La politique concerne aussi les femmes. Il y a trois sortes d'arguments pour étayer cette constatation. Premièrement, il existe des problèmes qui touchent tout particulièrement les femmes (droit matrimonial, assurance-maternité, interruption de grossesse); certains secteurs connaissent des réglementations spéciales pour les femmes (AVS, assurance-maladie). Il va de soi que des femmes doivent s'occuper de ces affaires de femmes.

La politique consiste à se soucier du tout; le tout est cependant composé de groupes qui ont des intérêts différents (classes d'âge et professions; culture, langue et confession; population urbaine, rurale, montagnarde). C'est l'une des exigences de notre démocratie que, par exemple, les parlements reflètent aussi fidèlement que possible cette diversité. Deuxièmement, les femmes, qui représentent 52 pour cent de la population, sont elles aussi un "groupe d'intérêts". Dans leur cas, nulle trace de notre souci, ordinairement si vif, d'une représentation équitable des groupes d'intérêt. Il faut obtenir que les femmes, elles aussi, puissent défendre leurs intérêts dans nos assemblées législatives.

Troisièmement, le but moral le plus élevé de l'être et de l'agir est l'accomplissement de tout l'être humain. D'un point de vue idéal, cet être a toujours été conçu comme une unité comprenant des éléments masculins et féminins. Notre civilisation occidentale a toutefois conféré un caractère absolu et unilatéral à ces qualités en attribuant, par l'exemple, l'"extérieur" à l'homme - notamment la politique - et l'"intérieur" à la femme, c'est-à-dire le domaine domestique. Nous devons mettre fin à cette polarisation et compléter sur le plan politique les qualités "masculines" (raison, objectivité, efficacité, rigueur) par des qualités "féminines" (compassion, chaleur, esprit conciliant, serviabilité, logique du cœur). Cela vaut aussi pour les domaines considérés jusqu'ici comme masculins (finances, communications, urbanisme, en partie santé et éducation). L'autre terme de l'alternative serait la destruction de la nature, base de la vie.

Les erreurs d'appréciation sont fréquentes à ce sujet. La première est que la politique n'est pas considérée comme un moyen de rendre notre terre habitable et notre vie digne d'être vécue (les femmes y sont très sensibles), mais comme une fin en soi pour les hommes désireux de faire valoir leurs qualités spécifiques. Deuxième erreur: La femme qui veut faire de la politique doit s'y frayer un chemin tout comme les hommes et avec les mêmes moyens; non, si nous voulons nous rapprocher de l'idéal de la globalité humaine, nous devons précisément renoncer à l'usage des mêmes moyens. Troisième erreur: La femme qui fait de la politique active doit pour le moins se limiter à des domaines "typiquement féminins" (prévoyance sociale); le cas échéant, nous ne ferions que cimenter les structures actuelles.

Consultazione sul progetto di costituzione della commissione peritale per la preparazione di una revisione totale della Costituzione federale

Nota preliminare

premessi,

- che né il Consiglio federale né l'Assemblea federale hanno ancora deciso se deve essere intrapresa una revisione totale della Costituzione federale,
- che in caso di decisione positiva non è fissata la procedura e che anche il rapporto della commissione degli esperti non ha fatto nessuna proposta in questo senso,
- che si discute unicamente sulla base del progetto dei periti per una revisione totale della Costituzione, senza che il Consiglio federale abbia già preso posizione in merito,

la commissione federale per i problemi della donna si limita ad una breve presa di posizione sull'opportunità di una revisione totale e sulla posizione della donna nel progetto di costituzione.

Una volta data risposta sull'opportunità e sulle modalità di una revisione totale, la Commissione si esprimerà volentieri in modo più dettagliato su di un progetto che politicamente avrà ricevuto i più vasti consensi.

Opportunità di una revisione totale

Il progetto di Costituzione della Commissione peritale ha suscitato grande interesse nelle cerchie femminili. Senza voler esagerare si può affermare che mai prima d'ora un documento politico ha avuto una così vasta eco, ha suscitato discussioni così vive come il progetto di costituzione. Ciò è senz'altro un segno positivo per l'iniziativa di una revisione totale, anche se l'esistenza del progetto può già aver smorzato le illusioni di alcuni gruppi per quanto attiene alla possibilità e ai tempi di realizzazione di un rinnovamento totale della nostra legge fondamentale. In ogni caso molte donne ripongono grosse speranze in una revisione totale.

La commissione ritiene auspicabile una revisione totale della Costituzione federale. L'ordinamento sociale ed economico del nostro paese è sottoposto a un cambiamento rapido e profondo. L'istrumentario per affrontare il problema è in gran parte già dato. Tuttavia deve essere completato. In effetti vi è una grossa frattura fra ciò che sta scritto nella costituzione e quello che è il diritto costituzionale attraverso l'applicazione e l'interpretazione. E' quindi utile colmare questo divario.

Il tentativo di rendere nuovamente la Costituzione un strumento efficace e comprensibile per tutti deve necessariamente estendersi all'esame della Costituzione stessa quale legge fondamentale e quale situazione del paese. Ciò porrebbe in risalto i valori fondamentali dello Stato, la sua struttura e il suo funzionamento, nonché la "cosa pubblica" in generale e il cittadino potrebbe quindi esaminare la sua posizione nei confronti dello Stato. Questo elementare esercizio è estremamente utile anche come formazione civica e nello stesso tempo rende coscienti delle necessità di adattare alla realtà l'ordinamento giuridico fondamentale. A noi sembra desiderabile la revisione totale della Costituzione federale quale processo d'apprendimento civico. Invece per quanto attiene alla sua esecuzione, attualmente non intendiamo esprimerci.

La donna e il progetto.La lingua

Costatiamo che - malgrado il loro interesse - molte donne non si sentono propriamente toccate dal progetto di Costituzione e il progetto stesso, malgrado la crescente presa di coscienza su urgenti problemi femminili - certamente nel lodevole intento di porre l'uomo e la donna sullo stesso piano - non parla della donna ad eccezione dell'art. 9. Quando si pensa a tutti, si dice "ognuno" oppure "jedermann", uno svizzero è solo "egli" (p. es. art. 15) e sempre viene adoperata la forma maschile. Infatti ancora sotto l'impressione dell'interpretazione che hanno dato il Tribunale federale e il Consiglio federale dell'art. 74 (e 75) Cst in occasione di ricorsi in materia di catalogo elettorale (cfr. RU 83 I 173 e Messaggio 23.12.1969 sull'introduzione del suffragio femminile in materia federale, FF 1970 I 96 e segg.), numerose donne si sentono escluse quando i diritti e i doveri non sono loro espressamente riconosciuti. Lo "Stato degli uomini" trova la propria espressione nel linguaggio del progetto e, senza tuttavia voler parlare di sesso del linguaggio, lo deploriamo. Purtroppo, e ciò è forse un segno della "mancanza di linguaggio" della donna, non siamo in grado di proporre altre formulazioni, considerato che deve essere garantita la semplicità e la concisione dell'espressione. Noi siamo però dell'idea che un'osservazione introduttiva con la quale si specifichi che l'impiego del maschile non esclude la donna, potrebbe alleviare il disagio presso vaste cerchie della popolazione femminile. Una tale osservazione potrebbe essere rafforzata con l'aggiunta di un cpv. 3 bis del seguente tenore all'art. 2: "promuove l'affermazione della donna quale essere indipendente". Come disposizione interinale proponiamo una definizione legale: "Le parole "svizzero, "ognuno" comprendono in questa Costituzione sia l'uomo che la donna fintanto che il loro significato non è espressamente limitato".

Il principio: Art. 9 progetto

1. L'art. 9 e soprattutto il cpv. 3 sono il fulcro per la posizione della donna. La commissione, che alla maggioranza dei suoi membri sostiene l'iniziativa popolare "Parità di diritti per uomo e donna" la quale è affine a questa disposizione, fa suo questo articolo, il quale in relazione con gli art. 24 e 25 Progetto acquisisce il suo vero senso. Il cpv. 3 concretizza positivamente la proibizione di discriminazione del cpv. 2. E' meritevole il chiaro e preciso diritto "a salario uguale per lavoro uguale". E' anche positivo lo spunto preso dal legislatore dall'art. 3 cpv. 2 della Costituzione di Bonn per quanto attiene alla parità dell'uomo e della donna nella famiglia, nella formazione e nel lavoro. Naturalmente l'enumerazione non è esaustiva; tuttavia rimane purtroppo aperto il problema della realizzazione di questo postulato. Bisognerebbe perciò assegnare al legislatore un termine attraverso una disposizione transitoria come lo si è fatto nella Costituzione tedesca. In effetti se non lo si facesse, si correrebbe il pericolo che questo postulato rimanga per la donna unicamente una bella declamazione.
2. Considerato che l'ineguaglianza fra uomo e donna persiste anche nell'amministrazione pubblica e ciò ne ha avuto ampie prove la procedura di consultazione in occasione dell'iniziativa "parità di diritti per uomo e donna", noi riteniamo opportuno che l'art. 9 cpv. 3 2a frase del Progetto venga così completato: "... La legge provvede alla parità fra uomo e donna, soprattutto nell'ambito pubblico, nella famiglia, nella formazione e nel lavoro...".
3. Vista l'evidenza della disparità di trattamento fra uomo e donna nel campo del lavoro, ma che purtroppo solo molto difficilmente nel caso singolo può essere provata, per rafforzare l'art. 0 cpv. 3 del Progetto, bisognerebbe ribaltare la

regola generale dell'onere della prova e imporlo al datore di lavoro.

4. Dato che in alcuni campi vi è motivo di disparità di trattamento (p. es. diritto fiscale, assicurazioni sociali, assegni familiari) all'art. 9 si dovrebbe menzionare che anche lo stato civile non è un fattore discriminante.

Alcuni casi concreti

Il principio contenuto nell'art. 9 cpv. 3 del progetto deve essere specificato e sostenuto sia nel progetto stesso, sia nella legislazione abituale. Richiamiamo quindi alcune disposizioni contemplate nel progetto che sono o potrebbero essere in contraddizione con l'art. 9 cpv. 3 e ci soffermeremo su articoli del progetto che - alla luce della parità - dovrebbero essere interpretati in un senso ben determinato. Noi partiamo dal dato di fatto che le donne come in precedenza sono in larga misura sottorappresentate a tutti i livelli della vita pubblica (Governo, Parlamento, Magistratura e Amministrazione). Questa sottorappresentanza deve essere ridotta: formalmente una maggior presenza femminile aiuterebbe ad eliminare le difficoltà d'identificazione della donna nello Stato; dal punto di vista materiale la visione maschile dei problemi sarebbe così contrapposta a quella femminile. Ci si chiede se in molti casi, nel senso di misure attive, non fosse auspicabile l'introduzione di un sistema legale di contingentamento e l'abbinamento di un sussidio ad una determinata partecipazione femminile.

1. Art. 12 cpv. 2 Progetto impone allo Stato di provvedere affinché le diverse opinioni possano essere manifestate per mezzo della stampa, della radio e della televisione. L'oggetto di questo provvedimento dovrebbe quindi essere il fatto che le donne sono sottorappresentate nelle redazioni del mas-media e perciò che la "voce" femminile non può essere sentita. Ciò è ancora più spiacevole, dato che da qualche tempo alcune donne si impegnano come tali e prendono una posizione femminile ben definita. Ci si dovrebbe quindi preoccupare che i media prestino attenzione quando esiste un punto di vista specificamente femminile su di un determinato problema.
2. Art. 15 Progetto conferisce "a ogni Svizzero" la libertà di domicilio e la libertà d'emigrazione. Attualmente ai sensi del Codice Civile il domicilio del marito vale anche per la moglie (art. 25 cpv. 1 e art. 160 cpv. 2 CC). L'applicazione dell'art. 45 Cst ha portato che una donna coniugata può pretendere il domicilio indipendente solo quando il marito vi acconsente o in presenza di una sentenza che l'autorizzi a crearsi un proprio domicilio. La continuazione di questa prassi, circoscritta da Burckhardt (3^a ed. 1931 pagina 395), sarebbe in chiara contraddizione con l'art. 9 cpv. 3 del progetto e non è senz'altro negli intenti del legislatore (cfr. art. 162 dell'avamprogetto di revisione del diritto di famiglia). Tuttavia già il termine "ogni Svizzero" dà adito a sospetti. Una terminologia neutra non lascerebbe nascere l'impressione che l'attuale contraddizione fra il Codice Civile e l'art. 9 cpv. 3 del progetto si perpetuerebbe attraverso l'art. 15 progetto a sfavore della donna.
3. Art. 18 e art. 19 cpv. 1 del Progetto: Con il Codice Civile attualmente in vigore (art. 167) esplicano il proprio effetto solo per ogni uomo e non per ognuno, dato che la donna deve avere il consenso maritale per poter esercitare una professione.
4. Art. 23 cpv. 1 Progetto. Non deve in ogni caso essere interpretato in maniera che il sesso possa essere motivo di limitazione di un diritto fondamentale.

5. Art. 24 Progetto dispone che i diritti fondamentali debbono essere garantiti dall'intera legislazione. La Costituzione federale attualmente in vigore rende per la donna l'esercizio dei diritti fondamentali quasi impossibile o almeno molto difficile (cfr. art. 43, 45 e 59 Cst con art. 25 CC). Speriamo che ciò, grazie all'art. 24 del Progetto, non avvenga più nella nuova Costituzione.
6. Art. 25 Progetto statuisce il rispetto dei diritti fondamentali altrui nell'esercizio dei diritti fondamentali. La commissione approva questa disposizione, dato che solamente in questo modo l'art. 9 del progetto può avere senso.
7. Art. 26 cpv. 2 e art. 29 cpv. 2 Progetto devono valere interamente anche per le donne, a dispetto della discriminazione dei "doppi redditi". Nello spirito di parità si debbono esporre al legislatore i compiti sociali in maniera che siano garantiti anche alle donne sposate il lavoro, la sicurezza sociale e l'esistenza, indipendentemente dal marito.

Altre disposizioni

1. Art. 1 cpv. 1 Progetto
La lotta per l'ottenimento di diritti che i movimenti femminili hanno condotto durante decenni e conducono con l'iniziativa "Parità di diritti fra uomo e donna", ci conduce - contemporaneamente a considerazioni generali di diritto costituzionale - alla richiesta di completare all'art. 1 cpv. 1 il carattere della Confederazione con "Stato di diritto".
2. Art. 2 Progetto
Se si vogliono fissare nella Costituzione gli scopi dello Stato, per la commissione si deve quindi anche menzionare la protezione e il promuovimento della famiglia. Ciò dovrebbe essere introdotto come art. 2 cpv. 2 bis.
3. Art. 37 Progetto
La commissione approva l'art. 37 del Progetto. Ciò non lo fa perchè il dovere al servizio militare per la donna è la logica conseguenza della parità: infatti senza essere tenuta al servizio militare o al servizio di protezione civile, la donna ha già finora contribuito in diversi modi al mantenimento della sostanza della popolazione nella stessa misura dell'uomo che si prepara all'impiego militare. Tuttavia per la commissione l'esercizio comune di un dovere nell'interesse dello Stato promuove la solidarietà, motiva le relazioni con lo Stato; risveglia l'interesse politico, elimina l'isolamento delle casalinghe e migliora i rapporti fra le donne. Per questi motivi siamo d'accordo con la norma di carattere dispositivo dell'art. 37 cpv. 1, che prevede la possibilità dell'obbligo a servire nell'ambito della difesa generale del paese. Crediamo che questo servizio non dovrebbe tuttavia essere prestato nella forma di prestazioni isolate, bensì in comunità al fine di raggiungere lo scopo che esso solo si giustifica.
4. Art. 64-66 Progetto
La commissione preferisce la variante alla proposta di una iniziativa unica. La competenza attribuita all'assemblea federale dall'art. 66 cpv. 1 di dar seguito o meno a un'iniziativa, lascia aperto in che misura deve essere esaminata la forma e il senso di un'iniziativa. Resta pure indeterminato ciò che s'intende all'art. 66 cpv. 2 per "testo corrispondente". Queste espressioni imprecise, la procedura proposta e il fatto che non si può far fiducia all'assemblea federale, nella quale le donne sono manifestamente sottorappresentate, per quanto concerne

un miglioramento della posizione della donna, ci conduce a prendere posizione per la variante "più sicura". Inoltre, anche perchè l'istrumento dell'iniziativa, che riveste una importanza per tutti i gruppi discriminati e quindi anche per la donna, sarebbe con le nuove disposizioni del progetto di molto indebolito. Etienne Grisel dice in proposito: "S'ils s'écartent sensiblement des règles existantes, c'est presque toujours pour restreindre leur objet et leur portée. Sans doute accroîtaient-ils d'autant la liberté d'action des autorités fédérales. La paix sociale et l'équilibre politique y gagneraient-ils? Il est permis d'en douter" (ZSR 97, 1978, I 456).

5. Art. 68 cpv. 3 Progetto

Senza voler prendere posizione sul finanziamento dei partiti, facciamo notare che se venissero corrisposti "sussidi statali e altre prestazioni" giusta l'art. 68 cpv. 2 del progetto, ciò lo si dovrebbe fare a condizione che la donna sia rappresentata negli organi direttivi di questi partiti. Il cpv. 3 dovrebbe quindi essere completato in questo senso.

6. Art. 109 cpv. 3 Progetto

Concludendo, la commissione approva la proposta di un controllo concreto della costituzionalità delle leggi davanti al Tribunale federale come primo passo verso il controllo della costituzionalità anche dei decreti federali. E' indispensabile relativizzare in questo modo e in singoli casi, il principio della democrazia attraverso quello dello stato di diritto; andare oltre sembra ora impossibile dal punto di vista di una politica realistica. Il compromesso ponderato dell'art. 109 cpv. 3 del progetto si merita il nostro appoggio.

Un nuovo spunto: teologia femminista

di Ursula Krattiger

La teologia femminile è uno dei frutti del movimento secolare per la liberazione della donna. Era prevedibile che le donne si domandassero una buona volta in che misura la tradizione giudaico-cristiana fosse responsabile della loro oppressione e quali spunti fossero loro offerti per la loro liberazione. Questo sopravvento del femminismo sulla teologia e sulle chiese si è concretizzato agli inizi degli anni '70 in USA e ha pure coinvolte l'Europa con la conferenza "Sexismus" del consiglio mondiale delle chiese nel 1974; tuttavia nel vecchio mondo vi è finora una sola cattedra per i problemi del cristianesimo e del femminismo (alla facoltà cattolica dell'università di Nimega in Olanda). E' quindi sorprendente che il movimento femminile del 19° secolo si è già occupato dei problemi della fede e della storia degli effetti della chiesa: nel 1895 e nel 1898 è stato pubblicato a cura di Elizabeth Cady Stanton e di altre donne un commentario in due volumi di tutti i passi importanti della bibbia riguardanti la posizione della donna. Questa "Woman's Bible" voleva eliminare quelle argomentazioni che si erano servite male della bibbia per fare in modo che la sottovalutazione e l'inferiorità della donna rispetto all'uomo fosse voluta da Dio. Connie Parvey, responsabile presso il consiglio mondiale delle chiese dei problemi femminili (si occupa dello studio a livello mondiale della comunità degli uomini e delle donne in seno alla chiesa), nel ricordo di questi predecessori si è posta un giorno la domanda a sapere se anche noi ci stiamo attualmente imbattendo in un problema senza soluzione. Al contrario, poichè attualmente la teologia femminista lavora nell'ambito di un movimento femminile internazionale, può farsi conoscere attraverso mezzi di comunicazione di massa e si rivolge a un numero sempre più grande di donne, meglio formate, professionalmente più forti, socialmente e politicamente integrate e che sono diventate più indipendenti dal punto di vista materiale, intellettuale e spirituale. Il contesto è del tutto differente e dà adito a speranze.

La teologia femminista si sviluppa dal riconoscimento sconcertante che il "Sexismus" (il dominio sociale e culturale di un sesso sull'altro) viene messo in pratica anche nell'ambito della fede e in seno alle chiese: per secoli gli uomini hanno interpretato Dio, il mondo e l'Uomo; hanno proiettato una figura maschile su Dio; da questa loro rappresentazione, dai loro valori e dai loro interessi hanno determinato il ruolo dell'uomo e della donna; hanno formulato i dogmi; hanno costituito le chiese; composto liturgie e musica sacra, dipinto quadri religiosi; hanno formato uomini quali preti e riservato solamente agli uomini (e ciò quasi fino ai nostri giorni) lo studio della teologia all'università. Noi donne non siamo mai esistite con un nostro contributo, mai ci possiamo riconoscere nei pensieri e nelle opere delle nostre sorelle. Il nome di una donna non lo si sente quasi mai nelle funzioni religiose e Dio - anche noi donne dovremmo essere fatte a sua immagine - non sembra aver nessuno tratto femminile. In conclusione: viviamo da oggetti colonizzati. Se in una chiesa sta scritto su di una parete l'espressione biblica "perchè voi tutti siete fratelli", ciò conferma l'esclusione della donna. Oppure come dice una parroca americana: io non sono un fratello e non lo sarò mai. Quindi non appartengo a tutto ciò e ciò non mi dà assolutamente niente: cosa faccio quindi ancora in questa chiesa?

Nella teologia femminista le donne si concepiscono come soggetti dell'esperienza, della sensazione e del pensiero religiosi. Si rifiutano d'ora in poi di svolgere il ruolo di oggetto che l'uomo definisce l'altro. Le donne si concepiscono individualmente come "io" e collettivamente come "noi" e cercano una nuova identità nella loro religiosità a partire dall'esperienza della loro profonda alienazione. Poiché le donne diventano adulte, Uomo, anche riguardo la loro vita intellettuale e spirituale, vivono la soggettività non in un modo negativo, come in difetto di oggettività, bensì al contrario: fanno la propria esperienza rispetto ad un'origine della rivelazione e del pensiero teologico e diffidano che dietro l'oggettività data per scientifica dagli uomini venga abbastanza sovente solamente travisato il limite della loro osservazione e venga mascherato l'interesse del proprio punto di vista. Le donne rifiutano pure di fare della teologia solo con la testa; vogliono quindi vivere totalmente la loro esperienza di vita e perciò anche con il loro corpo, con i loro sensi e sentimenti. Come nel movimento femminile, il quale si è decisamente sviluppato grazie ai gruppi di formazione per una presa di coscienza, le donne discutono in gruppo sulla loro fede e sulle proprie esperienze di vita o leggono libri di teologhe femministe (in Svizzera vi sono dei gruppi a Basilea, Zurigo e Berna) e possono quindi constatare come queste esperienze siano simili e al di sopra dell'individuo malgrado le diversità personali e sociali. Da ciò nasce un sentimento d'unità, di "sisterhood" che associa tutte le donne interessate a problemi religiosi e che è realmente ecumenico.

La teologia femminista è dapprima critica. Smaschera l'unilateralità maschile della teologia e della prassi delle chiese storiche che si fanno passare generalmente per umane. Concretamente questa critica concerne il linguaggio della bibbia, della teologia e della liturgia che per Dio ha solo nomi maschili. Ciò che riguarda le figure letterarie vale anche per le opere artistiche quali la pittura e la scultura. La teologia femminista studia le figure femminili nella bibbia e si chiede il loro significato, la loro possibile deformazione dovuta alla tradizione e la missione di queste figure nella storia. Le donne cercano il loro passato nella storia della chiesa fatta dagli uomini e si domandano cosa sia diventato il femminismo di Gesù; come è veramente stata la posizione della donna nel cristianesimo originario e quando, perché e come la donna è nuovamente stata rimessa nella sua vecchia posizione di subordinata; quali donne sono state santificate; come si è potuto arrivare alla persecuzione delle streghe e alla sua legittimazione teologica; cosa abbia significato per i protestanti l'"abolizione" della Madonna, dei Santi (anche delle Sante) e delle suore. Da ciò sorgono quindi anche domande riguardanti la scienza religiosa e i simboli storici. Palesando l'unilateralità maschile non si giunge soltanto all'accusa, bensì alla ricerca di una nuova unità. Per questo si deve però dapprima rivalutare l'altra parte, il femminile. Ciò significa due cose differenti: si deve abolire la delegazione esclusiva del femminile alla donna e anche l'uomo deve scoprire e integrare la sua componente femminile (così come la donna per il maschile). Contemporaneamente deve essere abolita l'attribuzione esclusiva dei valori "femminili" alla cura della casa, delle case per bambini, ecc.; i valori femminili, rappresentati sia da uomini che da donne, devono avere la propria validità anche nel mondo esterno. Per esempio: invece di un abuso sconsiderato e rischioso della natura, un comportamento previdente con madre natura sarebbe responsabilità ecologica. Prendendo sul serio la percezione dei sensi e i nostri sentimenti si potrebbe arrivare ad una razionalità cerebrale che troppo spesso si smarrisce in assurdità (discrepanza fra fame nel mondo e corsa agli armamenti). Ritrovare il ritmo giorno-notte, il ciclo della luna e delle stagioni potrebbe aiutarci a formare nuovamente il nostro comportamento che ora è solo tempo, lavoro, rendimento e costrizione. Si oppone radicalmente al mondo giudaico-cristiano e alla sua scala di valori, volendo correggere l'evoluzione sbagliata cambiando indirizzo verso un'integrità personale e culturale.

La teologia femminista è un'insurrezione ai confini della teologia e della chiesa. Il confine è tuttavia un posto scomodo, ma promettente, dove ciò che ancora esiste vive come passato ed il futuro viene anticipato. In questa teologia si trova una comunità di ricercatori: "For the person who has learned to see sexism, nothing can ever be the same again" (Mary Baly).

Bibliografia succinta e commentata vedi pagine 7 e 8.

La politica al femminile

di Leni Robert-Bächtold

La costatazione che la politica è un problema femminile, può essere sostenuta da argomentazioni in 3 situazioni diverse.

1. Ci sono problemi che concernono più specialmente la donna come tale (diritto matrimoniale, assicurazione maternità, aborto) e in parecchi ambiti vi è anche una regolamentazione speciale per la donna (AVS, assicurazione malattia). E' quindi chiaro che le donne si debbono preoccupare di questi problemi femminili.
2. La politica si preoccupa di tutti. Tuttavia questo insieme è formato da gruppi con interessi diversi (secondo l'età, la professione; la cultura, la lingua, la confessione; la città, la campagna o la montagna). La nostra democrazia vuole appunto che i parlamenti rispecchino questa diversità. Anche il 52% di donne è un gruppo di interessi. Tuttavia nel loro caso il nostro senso spiccato per una difesa adeguata degli interessi l'ha fin'ora negata. In futuro anche la donna, come gli altri gruppi, dovrebbe avere nei nostri parlamenti degli aderenti che possono rappresentarla effettivamente.
3. L'obiettivo morale più elevato dell'agire e dell'essere umano è la realizzazione dell'"Uomo". Idealmente questo "Uomo" è concepito come l'unità dell'essere maschile e femminile. Tuttavia la nostra cultura occidentale non ha solamente separatamente le proprietà femminile e maschile, per esempio all'uomo la vita pubblica - e quindi la politica - alla donna quella privata - l'ambito intimo casalingo, ma questa rappresentazione semplicistica ha contrapposto l'uno contro l'altro. Noi dobbiamo portare rimedio a questa polarizzazione e portare nella politica, accanto alle proprietà "maschili" (razioncinio, oggettività, efficienza, durezza, padronanza) quelle "femminili" (simpatia, calore, pacificità, essere servizievole). Ciò vale anche nei campi fin'ora riservati all'uomo (finanza, commercio, costruzione, parte della sanità e della formazione). L'alternativa sarebbe la distruzione della natura e quindi anche della nostra ragione di vita.

In questo contesto si arriva spesso a interpretazioni sbagliate. In primo luogo perchè non si concepisce la politica come mezzo per raggiungere lo scopo di rendere il nostro mondo confortevole e la nostra vita valida - per i quali la donna dà la sua sensibilità, ma come fine a se stessa - per godere le qualità maschili. In secondo luogo perchè si dice: se la donna vuole entrare nella politica, deve combattere come gli uomini; no, se noi vogliamo avvicinare l'ideale di unità, proprio no. Un ultimo malinteso: la donna, se fa politica attiva, deve almeno limitarsi ai tipici campi femminili (socialità, previdenza): se noi ...